



Nr. 271. Morgen-Ausgabe.

Neunundfünftigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

### Auch eine Mahnung zur Umkehr!

Der Bundesrat hat sich am 11. Juni einstimmig für die von Preußen beantragte Auflösung des Reichstags ausgesprochen, und die amtliche Veröffentlichung der die Auflösung verfügenden kaiserlichen Verordnung ist geschehen. Auch die „Motive“ für diesen folgenschweren Entschluß zunächst der preußischen und dann der übrigen deutschen Regierungen in dem vom Fürsten Bismarck unterzeichneten Antrage Preußens liegen schon seit einigen Tagen vor. Es haben somit die Wähler bereits Gelegenheit gehabt, zu der Auflösung des Reichstages als einer „vollendeten Thatsache“, Stellung zu nehmen.

Diese Stellungnahme wird eine sehr verschiedene sein, je nach der Parteianhörigkeit nicht blos, sondern auch je nach dem Temperament des Wählers. Es ist eine unheimlich erregte Zeit, welche die Auflösung des Reichstags, als eine unmittelbare Folge der Frevelthat des 2. Juni, aus ihrem verderbenschwangeren Schoße gebaute. In solch einer Zeit verliert die Stimme der Vernunft vielfach auch bei denen an Kraft, die zu ruhigen Zeiten es für eine Beleidigung ansehen würden, wollte man ihnen nachreden, daß sie jemals anders als durch klare Gründe sich in ihren Entschließungen bestimmen lassen könnten. Man braucht nur, ein Sefer in seinem Kreise, um sich zu schauen und man wird genug achtbare Männer, die noch vor Kurzem festen Blickes in die Zukunft sahen, mit angstvollen Mienen fragen hören: Was nun? Alles, was bisher feststand in dem täglich durchmessen Kriege ihrer politischen Anschauungen, das ist, wo nicht umgestürzt, doch bis in den Grund hinein erschüttert und willenlos harren sie der Stunde, wo eine mächtvolle Hand über diese Trümmerstätte sich breitet und darauf, wie sie hoffen, ein Bollwerk errichtet, welches unsere nationalen und Cultur-Güter sichern soll.

Was ist in der letzten Woche nicht Alles von Seiten leidenschaftlich erregter Politiker gefordert worden? Man versteigerte sich sogar bis zu dem Verlangen nach Suspendierung der gesammten Verfassung und nach Einführung einer unumschränkten Diktatur! Minder schwermüthige Naturen erklären sich mit schmerzlicher Resignation bereit zu jedem Opfer staatsbürglicher Rechte, welches die Regierungen verlangen möchten. Allmälig nahm die von einer sich selber unklaren Angst eingegebene Opferwilligkeit ab, bis schließlich der Wunsch daran sich abschied, daß der Reichstag, wenn er nochmals zusammenberufen würde, unter dem Eindruck des zweiten Attentats einer Vorlage, ähnlich dem am 24. Mai abgelehnten Socialistengesetz, zustimme. Inzwischen hat die leidenschaftliche Erregung, die unmittelbar nach der Frevelthat des 2. Juni — und es ist dies kein schlechtes Zeugnis für die Tiefe des deutschen Volkgemüths — die Herzen von Millionen durchschüttete, sich mehr und mehr verlaufen. Die während dieser Zeit sich ziemlich vereinsamt fühlenden Männer zur Vernunft beginnen allmälig wieder Gebär zu finden. Man lernt schon untersehenden zwischen solchen, die im Dienste von Partei-Interessen die Leidenschaften zu schüren und dem Volke die Rückkehr zur Besonnenheit als schnöde Gesühlosigkeit auszulegen und jenen Anderen, welche, von wütlicher Herzensangst gefaßt, nach rettenden Thaten rieben, ohne sich selber über das „Was“ und das „Wie“ Rechenschaft abzulegen. Da anzunehmen ist, daß die Rückkehr zur Vernunft in immer weiteren Kreisen eintreten werde, so verliert auch die Besorgniß an Gewicht, daß unter leidenschaftlicher Erregung und urtheilslosem Drange nach einer Umkehr der Gesetzgebung vollzogene Wahlen einen Reichstag schaffen dürften, welcher der Reaction für jeden Dienst sich zur Verfügung stellen würde. Bis zum 30. Juli, auf welchen Tag die Neuwahlen zum Reichstag anberaumt sind, wird unter der Voraussetzung, daß nicht neue Frevelthaten hirnverwirrend einwirken auf die Bevölkerung, eine Ablärfung des Urtheils über die durch die Lage gebotenen Abänderungen oder Ergänzungen der Gesetzgebung und über die Richtung, in welcher dem entsprechend die neuen Volksvertreter zu wählen sind, sich vollzogen haben. Gleichviel, welchen grundsätzlichen Anschauungen über die beste Gestaltung unserer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Einzelne anhängt, eines sollte doch Allen, die auf das öffentliche Leben und seine Organe Einfluß üben, gemeinsam sein, der Wunsch nämlich, daß, was dem Heile des Vaterlandes noth thut, als eine Frucht ruhiger Erwägungen reise und daß nicht zur Befriedigung selbstlicher Begierde das Volk zu leidenschaftlicher Aufregung angereizt werde, damit es sich dann ratsch- und willenlos dem dreiftesten Bewerber hingabe.

### Breslau, 13. Juni.

Der Telegraph hat uns die Schlussäge einer Artikelserie übermittelt, in welcher die halbamiliziale „Provinzial-Correspondenz“ die erfolgte Auflösung des Reichstages zu motivieren sucht. Diese Schlussäge recapituliren den Gedankengang der bezüglichen Ausführungen, weshalb wir von einer wördlichen Wiedergabe der letzteren absiehen können. Nur eine Stelle halten wir noch für wichtig genug, um sie hier zu reproduzieren. Dieselbe läßt nämlich die Hoffnung durchschimmern, daß ein Theil der bisherigen nationalliberalen Abgeordneten sich von dem Gros der Partei ab trennen und der Politik der Regierung unbedingt zur Verfügung stellen werde. Sie lautet:

Die Regierung zweifelt allerdings nicht daran, daß auch innerhalb der bisherigen Reichstagsmehrheit eine erhebliche Anzahl derjenigen Abgeordneten, welche gegen die fröhliche Vorlage gestimmt haben, jetzt nach den erschütternden und betrübenden Erfahrungen der allerungestüten Wochen geneigt sein würden, den bedrohten Gesellschaft die unentbehrlichen Mittel des Schutzes und der Abwehr zu gewähren. Aber diesen Abgeordneten selber wird die Befreiung von den Fesseln und Klüftchen, welche ihnen durch die bestehenden parlamentarischen Verhältnisse, Beziehungen und maßgebenden Einflüsse auferlegt sind, leichter werden, wenn sie ihre Auffassungen und Bestrebungen in dem unmittelbaren Verleb mit dem Volksbewußtsein, in der Verbindung mit den Wünschen, Bedürfnissen und Hoffnungen der staatserhaltenden Kräfte der Nation erfrischt und gestärkt haben.“

Wenn sich diese Erwartung auch zum Theil erfüllen sollte, so wird dies, wie wir ziemlich glauben, keinesfalls in dem Maße geschehen, daß eine geschlossene gouvernementale Majorität conservativer Richtung, wie sie die leitenden Kreise jetzt mehr als je anstreben, die Heilung herbeiführen wird. Welche Erfahren durch eine solche Verstärkung des parlamentarischen Schwerpunktes entstehen könnten, darauf wird bereits von verschiedenen Seiten außerordentlich gemacht. Besonders beachtenswerth erscheint uns die Stimme eines „hervorragenden Mitgliedes der nationalliberalen Partei in Baiern“, welche wir in der „S. P.“ vernehmen. Dieselbe äußert sich unter Anderem:

„Hat man auch schon daran gedacht, wie man mit der Orthodoxie der conservativen Partei rechnen will? Unseres Wissens gingen alle Intrigen gegen den Reichskanzler vom preußischen Hofe, über die er sich mit Recht beklage, nicht von den Nationalliberalen, sondern von den Conservativen aus.“ Wir erkennen die Lücken und Schwächen mancher neuerer Gesetze und der wirtschaftlichen Politik nicht, welche häufig im nationalliberalen Lager ihre Vertreter fand. Allein diese Mängel wären leicht zu verbessern gewesen. Wenn das ganze System unserer Gesetzgebung durch einen Wechsel der Mehrheitsverhältnisse in das Schwanken kommt, ist jedenfalls der Nachteil noch größer. Deshalb können wir den Entschluß, im gegenwärtigen Momenten zur Auflösung des Reichstages zu streiten und das unvorbereitete Volk unter dem Eindruck verabscheudiger Thaten an die Urne zu rufen, nur bellagen.“

Die „N.-P. C.“ bemerkte außerdem gegenüber den oben citirten Bemerkungen der „Prov.-Gor.“, daß die hier beliebte Darstellung der Sachlage „die Vorstellung erwecken muß, als ob die Abgeordneten, welche am 24. Mai gegen die Regierung gestimmt haben, der bebrochenen Gesellschaft die unentbehrlichen Mittel des Schutzes und der Abwehr hätten versagen wollen. Diese Auffassung würde indeß eine gänzliche Entstehung des wahren Sachverhalts bedeuten. Die Bereitwilligkeit zur Gewährung aller unentbehrlichen Mittel ist Seitens der Reichstags-Mehrheit wiederholt und auf das Nachdrücklichste betont worden. Man unterscheidet sich von der Regierung lediglich dadurch, daß man die von ihr in Vorschlag gebrachte concrete Maßregel nach gewissenhafter Prüfung nicht als zweitmäßig anerkennen konnte. Dies möchte denn doch vorbornherein richtig gestellt werden. Andernfalls wäre zu befürchten, daß jene irrtümliche Auffassung die Wahlbewegung in Bahnen leite, welche eine Zusammensetzung „aller wirklich erhaltenen Elemente“ unmöglich machen würden. Die Regierung mag die Nation entscheiden lassen, welche Ansicht über die zweitmäßige Art der Bekämpfung der Socialdemokratie die richtige sei; aber sie hat kein Recht, der bisherigen Reichstagsmehrheit auch nur indirect vorzuwerfen, die Gewährung des nothwendigen Schutzes für Staat und Gesellschaft von der Hand gewiesen zu haben.“

Es nimmt uns nicht Wunder, daß die Männer der Kreuzzeitungs-Partei bereits den Ruf nach Aussstellung von Regierungs-Candidaten erheben. Die „N. P. C.“ hofft auf „solche offizielle Thaten“ und hält „angesichts der gesählichen Zeitslage es für eine Pflicht der Regierung Sr. Majestät, daß sie der Irreleitung und Täuschung des Volks bei dem wichtigen Wahlplatze möglichst vorbeuge.“ Es müsse den preußischen Wählern klar gemacht werden, daß es sich um die Erhaltung unseres starken preußischen Königthums, nicht bloß dem Socialismus, sondern auch dem Parlamentarismus gegenüber handle, welcher sich in Deutschland des Regiments zu bemächtigen strebt ist“. Nun, dieser Uebereifer kann nur beitragen, den engeren Anschluß der liberalen Parteien zu beschleunigen und diese in dem Vorsatz zu verstärken, während der Wahlcampanie einmuthig zu handeln. Wird dieses Ziel, „auf's Innigste zu wünschen“, erreicht, dann dürfen die Lockpfeisen der conservativen Rattenfänger die liberalen Wählerkasten nicht beitreten. Das Gewissen des deutschen Volles aber, an daß von Seiten der „Provinzial-Correspondenz“ appelliert wird, soll, frei von rücksichtlichen Beliebtheiten, jene Maßnahmen dictieren, welche für die Sicherheit des Reiches erforderlich sind, ohne daß dabei jedoch unser nationales Culturleben Schaden leidet.

Der Congress ist heute Nachmittag eröffnet worden, die erste Sitzung wird voraussichtlich ganz und gar mit Erledigung der Formalitäten ausgefüllt werden. Ueberhaupt dürfte die Neugierde des Publikums bezüglich der Vorgänge um den Congress wenigstens anfänglich nur in sehr geringem Maße befriedigt werden, da sich die Mitglieder des Congresses zur vollen Verschwiegenheit verpflichtet haben. Die Rangfrage ist dahin entschieden worden, daß die Mächte in alphabethischer Reihenfolge rangieren, mitbin Deutschland (Allemagne) den ersten Rang einnimmt. Die Liste der hervorragenderen politischen Persönlichkeiten, welche an dem Congresse teilnehmen, werden wir bringen, sobald dieselbe authentisch festgestellt ist. Die bisher von den Blättern gebrachten Angaben bedürfen, wie von officieller Seite hergehoben wird, mehrfach einer Berichtigung und Ergänzung. Die „Pol. Corresp.“ erwähnt gleichfalls der Version, daß von deutscher Seite unter der Voraussetzung eines glatten und raschen Verlaufes der Verhandlungen auf dem eigentlichen Congress, der Antrag werde gestellt werden, es sei für die Detail-Ausführung der in den Congressberatungen gewonnenen und festgestellten Grundzüge eine besondere Commission einzusehen, welche die Congressarbeiten in Wien fortzuführen hätte.

Dem „Dien. pozn.“ zufolge wird der Congress doch auch mit der „polnischen Frage“ behelligt werden. Es soll der Diplomatenverfammlung eine Denkschrift, in welcher den Beschwerden der Polen gegen die drei Theilungsmächte Ausdruck gegeben wird, vorgelegt werden.

Trotz aller entgegenstehenden Dementis verharren die österreichischen Blätter bei der Behauptung, daß die österreichische Regierung „für alle Fälle“ militärische Vorbereitungen trifft. Das „Dr. Bl.“ schreibt:

Die turbulenten Elemente an unseren Grenzen bedürfen, um mit Erfolg zur Ruhe zu bringen, eines energischeren Quos ego als eines Congressbeschlusses. Graf Andrássy hat hierüber den Delegirten vollständig reinen Wein eingetauscht und es unterliegt keinem Zweifel, daß schon demnächst die Kriegsvereinigung einiger Truppenkörper verfügt werden wird. Die darüber seit einigen Tagen verbreiteten Nachrichten sind allerdings, was die Zahl betrifft — man sprach von sechs Divisionen — unrichtig, aber sie entsprechen insofern der Wahrheit, als die Regierung schlüssig geworden ist, durch die Mobilisierung einer Armee Abteilung vor Europa den festen Entschluß Österreich-Ungarns zu dokumentieren, die Ausführung der Congressbeschlüsse, so weit dadurch die speziellen Interessen der Monarchie berüht werden, mit Energie in die Hand zu nehmen. Über das Wo und Wie der Verwendung ist, da der Verlauf des Congress-Verhandlungen abgewartet werden muß, noch nichts entschieden.

In der italienischen Deputientenkammer hat Cairoli am 7. d. M. einen glänzenden Sieg davongetragen, welcher darin besteht, daß die von Crispi, Capponi, Nicotera und deren Anhängern gegen den gegenwärtigen Ministerpräsidenten angehörenden Intrigen mißlungen sind und daß nur eine verschwindend kleine Minorität der Linken die Bestrebungen dieser Herren noch unterstützt. Nachdem Depretis in d'r am 6. d. statutgehabten Sitzung die Gesetzmäßigkeit der Decrete, durch welche das Ministerium des Adelbaues und Handels abgeschafft und ein neues Schatzministerium gegründet wurde, ziemlich schwach verteidigt hatte, kündigte er zum Erstaunen aller Anwesenden an, er werde dennoch für die Wiedereinführung des Handelsministeriums stimmen. In der Sitzung vom 7. d. erklärte Cairoli, er billige die Theorie nicht, daß in einem konstitutionellen Staate die Regierung das Recht und die Vollmacht habe, neue Ministerien einzusehen und bestehende abzuschaffen, ohne daß das Parlament seine Zustimmung gegeben, er sei aber überzeugt, daß das Ministerium Depretis, trotzdem, daß es jene Theorie praktisch anwendete, geglaubt habe, dadurch das öffentliche Wohl zu

befordern. Jetzt handle es sich mehr darum, an die Zukunft zu denken und das Parlament vor möglichen neuen Überraschungen zu bewahren und da er ein entschiedener Feind der Zweideutigkeit sei, so empfehle er der Verfammlung die Annahme der Vorlage. Von mehreren in der vorhergegangenen Sitzung eingebrachten Anträgen wurde zuerst über den Antrag von Muratori, einem Freunde Crispis, abgestimmt, nach welchem die Kammer eingeladen wurde, einsch zur Tagessitzung überzugehen, daß vom Ministerium vorgelegte Project also gar nicht zu beraten, obwohl der Ministerpräsident erklärt hatte, daß er diesen Antrag nicht billige, der denn auch mit 237 gegen 40 Stimmen verworfen wurde. Fünfhundertdreißig Abgeordnete, wahrscheinlich solche, die es weder mit Cairoli noch mit Crispi verbergen wollten, enthielten sich der Abstimmung. Von den 40 Herren, welche für die Annahme des Muratori'schen Antrags stimmten, sollen fast alle Anhänger Nicotera's sein. Der zweite von dem Abgeordneten Baron de Renzi gestellte Antrag lautete: „Die Kammer nimmt Act von den Erklärungen des Ministeriums, welches die Rechte des Parlaments gewahrt wissen will und geht zur Verathung der einzelnen Artikel über.“ Er wurde mit 235 gegen 32 Stimmen genehmigt, während nur 20 Deputirte sich diesmal an der Abstimmung nicht beteiligten.

Wie man der „R. Z.“ von Rom aus versichert, steht es jetzt ganz außer Zweifel, daß das alte „Né elettori, nd eletti“ der erste Punkt ist, den Leo aus dem Programm des neunten Pius streichen wird oder vielmehr, so weit es an ihm liegt, schon gestrichen hat. Die katholische Partei wird sich an den nächsten Wahlen für die Verwaltungskörper beteiligen und demnächst auch an denen für das Parlament. Streitig ist noch unter den mit den Einzelheiten der Ausführung betrauten leitenden Persönlichkeiten, ob als oberster Gesichtspunkt für den Wahlgang ein streng und ausschließlich kirchliches oder ultramontanes Programm aufgestellt oder nur auf allgemeine Eigenschaften der bürgerlichen Unbescholtenseit und christlichen Gesinnung der Candidaten gesehen werden soll.

Bei Verichtigung des von mehreren Zeitungen gebrachten Gerüches, daß der Papst beschlossen habe, die Sommermonate nach dem Feste des heiligen Petrus in Perugia zu bringen, erzählt die „Italia“, Leo XIII. habe vor ein paar Tagen mit einer Person gesprochen, welche durch die Bande alter Freundschaft mit ihm verknüpft ist, und habe erklärt: „Ich habe das Amt mit allen sich daran knüpfenden Folgen angenommen. Ich werde nicht einer einzigen meiner Pflichten unterwerfen. Wenn es notwendig ist, hier das Opfer meines Lebens zu bringen, so bin ich vollkommen dazu bereit. Es hängt gegenwärtig nicht von mir ab, den Vatican zu verlassen. Wir werden bleiben.“

Dem „Standard“ wird aus Rom telegraphirt: „Nach einer Verathung mit mehreren Cardinalen ist beschlossen worden, mittelst eines Special-Gesandten nach Berlin Vorschläge für eine Coöperation mit der preußischen Regierung zur Unterdrückung des Socialismus zu senden, unter der Bedingung, daß die Maßregeln gewissen Veränderungen unterzogen werden.“

In Frankreich haben sich nunmehr beide Kammern (am 11. d.) bis zum 28. October veragt. In den letzten Tagen der abgelaufenen Session war der reactionären Partei des Senats der Kamm gewaltig geschwollen. Die Herren Royalisten und Bonapartisten wollten um jeden Preis einen Conflict vom Zaune brechen, wie die letzten von den Kammerwahlen abweichenden Senatsbeschlüsse und die Interpellation Delsol wegen der Senatswahlen bewiesen. Die „Défense Nationale“ des Bischofs Dupanloup, welche auch den Staatsstreich vom 16. Mai signalisierte, ging sogar so weit, für den Schluss der Weltausstellung einen neuen Staatsstreich zu prophezeien.

Für Deutschland von nicht geringem Interesse ist folgender, von der in Lagny erscheinenden socialdemokratischen „Égalité“ veröffentlichter „Auszug an die auf dem (inzwischen belauscht verbotenen) Congress in Gotha (?) versammelten Socialdemokraten“:

Bilder von Deutschland! Die französischen Socialisten und Revolutionäre wollen die Gründung Eures achten Congresses nicht vorübergehen lassen, ohne Euch ihrer Sympathien und ihres brüderlichen Beistandes zu versichern. Nach dem Lande Babeuf's, Fourier's, Delescluze's und Blum's ist jetzt das Land Karl Marx', Lassalle's und Blum's das Schlachtfeld der socialen Revolution geworden. Heute habt Ihr die Ehre, den Verbünden aller vereinigten Reaktionen zur Zielscheibe zu dienen, wie vor acht Jahren dieselben Reaktionen uns mit ihren Schmähungen und ihrem Augenkreis verfolgten. Und gleichwie Ihr im Jahre 1871 kein Bedenken trugt, Euch durch den Münd Liebknecht's und Bebel's mit den besiegierten Commune solidarisch zu erklären, eben so bedenkt wir uns nicht, die vollständige Solidarität mit Euren Socialdemokraten, deren unabwendbarer und nahe bevorstehender Sieg auch unser Sieg sein wird, in Anspruch zu nehmen. Aus Anlaß einer individuellen That, für welche nur Ihr Urheber, der überdies nicht einmal zu den Euren zählt, verantwortlich sein kann, sind die conservativen Regierungen des Augenblicks und ihre Schreier in der Presse darauf verfallen, nicht nur Euch, die deutschen Socialisten, sondern auch die Socialisten aller Länder für einen von ihnen sogenannten „Attentat“ zur Rechenschaft zu ziehen. Sie haben damit nur selbst die Grenzen niedergeissen, welche ihre Gesetzgebung zwischen den in dem nämlichen Kampfe für die wirtschaftliche Gleichheit begriffenen Proletarien aufgerichtet hatte. Desto schlimmer für sie und desto besser für uns. Diese von ihnen so willkürlich ausgedehnte Verantwortung, mit deren Hilfe sie uns erst Furcht zu machen und dann zu zerstören hoffen, lehnen wir nicht nur nicht ab, sondern nehmen sie laut für uns in Anspruch. Und wir rufen Euch zu: Hoffnung und Muth! Wir sind heute im Geiste mit Euch, wie wir morgen leblich mit Euch sein werden, wenn Ihr die Stunde für gekommen hahlt, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Es lebe die deutsche Socialdemokratie! Es lebe die emanzipierte Menschheit! Im Namen der französischen Socialisten und Revolutionäre: Die Redaction der „Égalité.“

In Belgien haben am 10. d. M. die verfassungsmäßigen zweijährigen Erneuerungswahlen der Deputiertenkammer und vierjährigen Erneuerungswahlen zum Senat, je zur Hälfte für beide Körperschaften, stattgefunden. Diese beiden haben, zum ersten Male seit dem achtjährigen Bestande der ultramontanen Parteiregierung, zu einem entscheidenden Siege der liberalen Partei geführt. Die Folge dieses Sieges ist der Rücktritt des bisherigen, bekanntlich vollständig ultramontanen Cabinets, unter dessen Führe das Land seit dem 2. April vom 14. Juni 1870 gesetzt hat. Die Bedeutung dieses Umschwunges geht übrigens, wie die „N.-Z.“ sehr richtig bemerkt, weit über die Grenzen des belgischen constitutionellen Stilllebens hinaus. Wie die Herrschaft der ultramontanen Partei in dem Lande, in welchem sie am festesten Boden gesetzt, gleichsam die Signatur bildete für die Periode des kriegerischen Vorgehens des Clericalismus in Europa, deren Anfang die vaticaniischen Decrete am 15. Juli 1870 bezeichneten, so wird ihr Sturz voraussichtlich symbolisch sein für das Erlöschen dieses Kampfes, für welches längst die Anzeichen sprachen und welches in dem Übergang der päpstlichen

Würde auf eine, wenn auch schwankende Persönlichkeit, deutlich zu Tage getreten ist.

In Amerika spricht man jetzt merkwürdiger Weise von einem Ende des Landes bis zum andern von der Notwendigkeit einer abermaligen Präsidentschaft des Generals Grant, theils um die ehemaligen Rebellen, die sich wieder überall hervordrängen, in ihre Schranken zu verweisen, theils um an der Spitze der Geschäfte einen unzweifelhaften und mutigen Vertreter ehrlichen Geldes zu haben, heils um das Land in den Händen eines tapferen Soldaten zu wissen, der das Eigenthum der Bürger gegen die Gesetze der Communisten zu verteidigen im Stande sein würde. Was insbesondere das Letztere betrifft, so steht Amerika, wie eine Correspondenz der „S. N.“ aus St. Louis vom 26. Mai überzeugt ist, jetzt vor der Frage: Ist auch hier eine wirkliche Gefahr vor diesen Unholden vorhanden? Der betreffende Correspondent aber antwortet darauf:

„Die Gefahr vor plötzlichem Unfug, vor vorübergehender Barbarei, vor rasch verlaufenden blühschen Anfällen auf gewisse Industrien, auf die Huße in den großen Städten, auf Eisenbahnen und Maschinenwerken, ja sogar auf Eigenthum und Leben einzelner Personen — ja! Auf ihre Herrschaft auch nur als die Dauer einer Woche nein, und nirgends im ganzen Lande. Die Communisten bilden in den Vereinigten Staaten eine an Zahl verschwindend kleine Minorität. Sie sind nur etwas, wenn sie sich mit dem sogenannten Lumpen- und Bettel-Proletariat in den großen Städten verbinden. Dies haben sie zu ihrem größten Schaden in den vergangenen Jahren bei den Aufständen in Pittsburgh und auch hier in St. Louis gethan. Ihre Führer sind meistens Fremde und ihre meisten Anhänger — ich sage es mit Belehrung — Deutsche aus der Marx'schen Schule. Diese unbedeutenden Banden — die rohesten, gedankenlosen und auch feigsten, die ich jemals an ihrer traurigen Arbeit gesehen habe, können an einem plötzlichen Ausbruch nicht gehindert werden. Wir haben weder eine Polizei, noch Milizen, noch regelmäßige Truppen, die auf Verhinderung solcher Unfuge eingerichtet sind. Dagegen ist das Organisations-Talent der Amerikaner so groß und der Hass gegen Minoritäten, die sich der allgemeinen Ordnung der Dinge widersehn, so tief im ganzen Volke gewurzelt, daß sich nirgends in den Vereinigten Staaten die Communisten in den dauernden Besitz der Macht auch nur eine einzige Woche setzen könnten. Sobald sich der Volkswille in seiner wahren Gestalt zeigt, lieben sie auseinander und verschwinden, als wären sie niemals dagewesen. Da die Freiheit auch in der Toleranz des Unfugs besteht, so zeigen sie sich sehr bald wieder in abgeschmackten Umzügen, in noch abgeschmackteren Zeitungen und Declamationen — aber dabei hat es sein Geworden. Man erzieht daraus, daß der Communismusreden nur ein Vorwand für den Wunsch sein kann, einem Dreischläger wie General Grant am Ruder zu sehen. Auch er kann, mit der jetzt auf 25.000 Mann erhobenen Armee nicht allgegenwärtig auf allen Punkten unseres ungeheuren Gebietes sein, und auch er kann daher plötzlichen Unfug nicht verhindern. Und zum Auseinanderstreiten der Communisten, die sich irgendwo auf die Dauer festsetzen wollten, reicht überall die Bevölkerung der einzelnen Localitäten aus. Temporärer Unfug, Petroleum, Verjagung fleißiger Arbeiter und kurze Unterbrechungen des Verkehrs durch Zerstörung von Bahnhöfen — dies Alles steht uns aber kurz oder lang bevor, und auch General Grant könnte es nicht verhindern — aber den Communisten steht auch eine Niederlage in den Vereinigten Staaten bevor, die sie wohl für den Rest des Jahrhunderts abhalten wird. Und zwar wird diese Abfahrt auch ohne General Grant in der aller energischsten Weise stattfinden.“

[Berichtigung.] In der gestrigen politischen Uebersicht hat es am Schlusse des vierten Absatzes statt Hinweisung d. Wahlcampagne, „Häufung der Wahlcampagnen“ zu heißen.

## Deutschland.

■ Berlin, 12. Juni. [Der Congress und die Aussichten derselben.] — Die Geschäftsordnung des Congresses. Der Verkehr zwischen den Mitgliedern des hiesigen diplomatischen Corps und den Bevollmächtigten zum Congress ist bereits heute durch gegenseitige Besuche inauguriert worden. Es handelt sich dabei nicht bloß um die Wiederanknüpfung persönlicher Beziehungen der älteren Staatsmänner, sondern in erster Linie um die Bildung jener Coa-

llition, welche notwendigerweise im Congress durch die Gleichartigkeit der Interessen herbeizuführen ist. Es hieße, sich über die Tragweite der sich mannigfach kreuzenden Interessen täuschen, wenn man annnehmen wollte, daß die Neuordnung der Dinge im Orient durch die bisherigen Vorberathungen von Cabinet zu Cabinet eine Consolidirung erfahren hätte, welche das Wiederausleben wichtiger Streitpunkte auf dem Congress unmöglich mache. Wir glauben im Gegenteil zu wissen, daß unter denjenigen Diplomaten, welche dem einen oder dem anderen Congressbevollmächtigten nahe stehen, manche Zweifel über die Austragung gewisser Fragen obwalten. Darunter befinden sich nicht

nur diejenigen, welche das Schicksal der früheren souveränen Staaten betreffen und als untergeordnet betrachtet werden mögen, sondern auch solche, welche direkt das Verhältnis zwischen Russland und der Türkei treffen. Man hat zwar ein Auskunftsmittelexperiment, nach welchem die Neuordnung in der Türkei in ihren Grundlinien festgestellt und die Ausführung einem Ausschuss überlassen werden soll. Aber wir halten nach den uns zugemachten Informationen dafür, daß aber mehr als eine Grundlinie noch auseinandergehende Ausschüsse herrschen, und Niemand kann behaupten, daß im Congresssaale nicht ernste Streitpunkte aus denselben erwachsen können. Ob die diplomatische Action seitens Österreich-Ungarns und Englands schon in der zweiten oder dritten Sitzung des Congresses beginnen wird, hängt von der Erledigung von Aeußerlichkeiten ab, die an conventionelle Formen gebunden sind, über deren Befolgung die Diplomatie mit Aeußerlichkeit wacht. — Neben die bei den Verhandlungen zur Anwendung zu bringende Geschäftsordnung hat man heute noch unterhandelt und scheint bis zur Stunde noch nicht schlüssig geworden zu sein. An positiven Nachrichten über die Thätigkeit des Congresses wird es in den ersten Tagen, wo meistens Formalien erledigt werden müssen, jedenfalls noch fehlen, indes dürfte später auch bei dieser Gelegenheit die beschlossene Geheimhaltung so wenig nützen, wie bei Fraktionsverhandlungen und Staatsministerialversammlungen.

○ Berlin, 12. Juni. [Zur Telegraphen-Betriebs-Ordnung. — Gemeinnützige und Wohlthätigkeits-Anstalten für Reichsbeamte.] Nach den Vorschriften des § 47 der Telegraphen-Betriebs-Ordnung, welche den einschlagenden Bestimmungen des zum internationalen Telegraphen-Betrag gehörenden Reglements entsprechen, findet bei der Beförderung der Telegramme mittelst des Hughes-Apparates eine Vorzugung der Staatsdienst- und der dringenden Privattelegramme nicht in dem Umfang statt, wie bei Beförderung durch den Morse-Apparat. In Folge dessen sind namentlich im inneren Verkehr wiederholt Verzögerungen in der Beförderung bevorzugter Telegramme eingetreten. Mit Rücksicht hierauf hat das Gen.-Tel.-Amt versucht, daß die Staatsdienst- und dringenden Privattelegramme bei den abwechselnden Reihenfolge der mittelst des Morse-Apparates zu befördernden Telegrammen nicht mitzuzählen sind, nämlich im Verkehr zwischen Reichs-Telegraphen-Anstalten, bei welchen die Telegramm-Beförderung mittelst des Hughes-Apparates stattfindet. — Die „N. A. Z.“ brachte kürzlich eine Notiz über die Ergebnisse, welche die bei den Reichs-Betriebs-Anstalten bestehenden gemeinnützigen und Wohlthätigkeits-Anstalten während des Jahres 1877—1878 geliefert haben. Da es wünschenswert ist, daß diese Thatsachen möglichst verbreitung finden, werden sie hier wiederholt. Nach der gemachten Aufstellung betragen die Einnahmen I. der Kaiser-Wilhelm-Stiftung 22.283 M. 35 Pf., die Ausgaben 22.050 M. 75 Pf., das Vermögen der Stiftung betrug Ende Mai 1878 393.000 M. II. Die Post-Armen- bzw. Unterstützungs-Kasse; Einnahme 521.177 M. 49 Pf., Ausgabe 498.212 M. 97 Pf.; Vermögen der Kasse 923.249 M. 90 Pf. III. Die Lebensversicherung. IV. wurden aus der Postkasse zu der Kleiderkasse für die Unterbeamten bezahlt 678.135 M. V. Aus den Unterstützungsmittelein wurden Unterstützungen gezahlt an 5744 Beamte, 9040 Unterbeamte und 1820 Hinterbliebene von Beamten. VI. Spar- und Vorschussvereine, welche neben der Bewilligung von Darlehen ihre Thätigkeit darauf richten, den Mitgliedern durch vortheilhafte Beschaffung von Haushaltungsgegenständen und Nahrungsmitteln mittelbare Vortheile zu schaffen. Es haben dieselben erkennen lassen, daß die Grundlagen, auf welchen sie beruhen, ihnen eine dauernde, fruchtbringende Wirksamkeit sichern. Die Vereine hatten 26.961 Mitglieder, die Einlagen erreichten den Betrag von 1.228.916 Mark.

[Zum Attentat auf den Kaiser.] Immer günstiger lauten die Nachrichten über das Bestehen des Kaisers.

Der unter dem dringenden Verdachte, mit dem Verbrecher Nobiling gemeinschaftlich hochverrätherische Handlungen geplant zu haben, verhaftete ehemalige Student, jetzige Bureaumöchte in der Schulstraße, heißt Hellwig. Er war in letzter Zeit als Buchhalter beschäftigt.

Unter den jüngst wegen Majestätsbeleidigung in Berlin Inhaftirten befindet sich auch ein Theater-Inspector Granzow und ein Cigarrenfabrikant Walter. Die anderen Verhafteten sind größtentheils Arbeiter, Gesellen und Kellner. — Als einer der wegen Majestätsbeleidigung am Sonnabend zu fünf Jahren Gefängnis Verurtheilten in seine Zelle

abgeführt wurde, äußerte er: „Davor hätte ich noch zweimal ordentlich lachen können.“ Diese Neuerung kennzeichnet allerdings den Bestrafen zur Genüge. — Wiewohl die Haftzuchten, Sistirungen und Verhaftungen zur Klärung des stattgehabten Complots täglich fortduern, nehmen die betreffs der Majestätsbeleidigungen sichtlich ab. Es scheint die strenge Ahndung dieser Beleidigungen doch eine heilsame Wirkung auszuüben.

Die heute Abend eingetroffene „National-Ztg.“ meldet:

Der als angeblicher Complot Nobiling's verhaftete Bureaumöchte Hellwig ist aus der Untersuchungshaft wiederum entlassen worden, nachdem derselbe kurz vorher noch ein längeres Verhör vor dem Untersuchungsrichter zu bestehen hatte.

Chr. Hansen schreibt der „K.-Z.“ aus Paris vom 8. Juni in Bezug auf den Nobiling'schen Mordansfall noch Folgendes:

„Am Schlusse meines jüngsten Briefes habe ich die Bemerkung gemacht, daß ich vielleicht nochmals Anlaß nehmen würde, auf einzelne Punkte in der Affäre Nobiling zurückzukommen. In allen Blättern wird jetzt die Mitteilung verbreitet, daß englische Detectives ihre Regierung einen Tag vor dem Attentat benachrichtigt haben, es herrsche unter den Socialisten eine große Bewegung; ein wichtiges Ereignis scheine bevorzustehen. Für die Richtigkeit dieser Äußerung wird kein geringerer Gewährsmann wie der Graf Andrássy genannt, der dieselbe gegenüber einzelnen Mitgliedern der Delegationen gemacht habe. Die „Lord's Allg. Ztg.“ ist gleichzeitig von „hoher Seite“ in Berlin dahin erfuhr worden, daß die englische Polizei am Tage vor dem Attentat bereits in London war, es sollte folgenden Tag in Berlin etwas vorgenommen werden. Die deutsche Socialdemokratie der dortigen Internationale sei in großer Aufregung. Nur was sie machen wollten, könnten die Detectives nicht erfahren. So bestimmt die Angaben und Belehrungen auftreten so vorsichtig sollte man bei ihrer Aufnahme und Auslegung sein. Ich habe ganz kürzlich während meiner Unreise in der Themenstadt Gelegenheit gefunden, einen Blick auf das Thun und Treiben der dortigen Socialisten und Communisten zu werfen. Dabei fand ich allerdings eine große Bewegung und wichtige Dinge wurden in der That vorbereitet. Über Ursache wie Zweck des Ganzen standen ganz außer Beziehung zum Nobiling'schen Verbrechen. Die Sache ist folgende: Vier deutsche Arbeitervereine im östlichen Theile Londons hatten beschlossen, bei Unreiseheit des Kronprinzen eine in patriotischem Sinne abgesetzte Adresse zu überreichen. Es wurde eine allgemeine Arbeiterversammlung nach dem Vereinslocal des „Deutschen Clubs im Osten“, Christian Street 77, Commercial Road, auf Sonnabend, den 25. Mai, einberufen. Zu letzterer hatten sich jedoch unerwarteter Weise so viele Socialdemokraten eingefunden, daß diese die Majorität und die Oberhand behielten, bis die Clubmitglieder unter Buhlschaftnahme der Polizei von ihrem Haustrecht Gebrauch gemacht haben. Jetzt begann eine neue Versammlung, die von etwa 60 Arbeitern patriotischer Gesinnung besucht war. Die Adresse wurde angenommen und die bezügliche Deputation gewählt. Vor, während und nach der der letzteren am nächsten Tage Nachmittags 2½ Uhr im deutschen Botschafts-Hotel gewährten Audienz erfolgten nun Seitens des socialistischen Volkes vor dem Hotel auf dem St. Jamesplatz z. c. die gemeinsten Ruhestörungen und Insulte. Hierzu noch nicht zufrieden, und namentlich darüber aufgebracht, daß der Kronprinz eine von ihnen verfaßte Denkschrift nicht annehmen wollte, sollen die Socialisten beschlossen haben, nächster Tage eine großartige Demonstration in Scene zu setzen. Ich habe diese Mittheilung von wohlorientierter Seite. Nun, konnten die Vorbereitungen zu diesem, vielleicht in Folge des zweiten Attentats oder anderer Umstände gar nicht zur Ausführung gelangten Schritte nicht Anlaß zu jenem Gerücht geben haben? Auf die Vermuthungen englischer Polizisten gebe ich persönlich sehr wenig. Ich habe mich in der Nacht jener Volksversammlung (sie dauerte bis nach 2 Uhr) längere Zeit mit einem Policeman unterhalten, der bei Ablösung derselben thätig gewesen ist; der Mann hatte jedoch keine Abnärrung, worum es sich dort handelte. — Die „Kreuzzeitung“ berichtet — und der Telegraph hält die Geschichte für bedeutsam genug, um sie zu verbreiten —, daß der aus Paris am Sonntag, den 2. Juni, in Berlin eingetroffene und aufgegriffene Brief nach dem Wappen von dem Angehörigen einer adeligen Familie aus Polen geschrieben sei. Wenn es der Brief ist, von welchem seither lediglich geredet worden, nämlich derjenige, welcher über die Londoner Demonstrationen (in fünf Tagen) berichtete, so bemerkt ich, daß auch diese Angabe jeder Begründung entbehrt. Kein Pole ist der Verfasser, auch ich bin daran unschuldig, sondern der mehrgedachte Herr B., ein guter Deutscher, ein musterhafter Patriot, hat die, allerdings geringe, Verantwortlichkeit zu übernehmen.

Um 10. Juni, Abends, schreibt Hansen über seine bereits gemeldete Verhaftung: Die Abfahrt des vorstehenden Schreibens hat durch selbstsame Umstände einen Aufschub erfahren. Unmittelbar vor der Convictur erhielt ich Besuch des Polizeipräfekten in Gesellschaft von sechs oder acht Subalternbeamten. Meine Briefe, Bücher wurden mit Beschlag belegt und fortgeschafft und ich selbst in Sicherheits-Arrest gebracht. Seit gestern Mittag, nach zwanzigstündigem Haft — in welcher ich übrigens die rücksichtsvolle Behandlung erfahren —, bin ich wieder auf freien Fuß gesetzt; meine Barriere erhielt ich dagegen erst heute zurück. Das Verfahren des Gerichts ist nach Lage der Sache fast bestimmt erwarten, und ich würde der Leute sein, der sich darüber beschweren wollte; aber ich kann meinen Unmut nicht ganz zurückhalten, wenn ich mir sagen muß, daß diese „Sach-

## Pariser Briefe.

Paris, 6. Juni.

Der große Festsaal im Mittelbau des Trocadero-Palastes ist am 1. Juni endlich dem Publikum eröffnet worden. Er macht einen außerordentlich imponanten Eindruck und fasst über 5000 Zuhörer, die auch wohl bei dem ersten Concert, welches vorigen Sonntag stattfand, zugegen waren. Musikdirektor Colonne, bekannt und beliebt als Dirigent der populären klassischen Chatelet-Concerte während der Winteraison, legte mit seinem Orchester, welches aus 120 Musikern besteht, viel Ehre ein, 300 Sänger und Sängerinnen wirkten außerdem mit. Die große Orgel hat leider noch nicht aufgestellt werden können. Das Programm bestand aus Compositionen speziell französischer Componisten, unter denen nur Gounod und Berlioz auch in Deutschland einen bekannten Namen haben. Sehr bedauerlich ist es, daß die Aufführung des Saales manches zu wünschen übrig läßt, doch würde man sehr unrecht thun, die Architekten Davioud und Bourdais dafür verantwortlich zu machen, welche gerade im Hinblick auf die akustische Wirkung die peinlichst genauen Voruntersuchungen gemacht hatten. Bis jetzt haben weder Erfahrung noch Wissenschaft Prinzipien gefunden, nach welchen man einen Saal mit Steinmauern vollkommen akustisch erbauen kann. Um besonders die Echoresonanz der Frauenstimmen und der Blasinstrumente abzuschwächen, sind schon in diesen Lagen in den Vormittagsstunden Experimente mit Teppichen und Decken gemacht worden, die man an verschiedenen Stellen der Kuppelwölbung und der Wände aufhängt, ohne jedoch bisher einen wesentlichen Erfolg erzielt zu haben.

Die Concerte, welche schon von nächster Zeit an fast täglich stattfinden sollen, helfen in der That einem „dringend gefühlten Bedürfnisse“ der Weltausstellungsbesucher ab. Freilich klingt und singt es im Industriepalast hier und dort, Spieluhren produzieren sich als Interpretenten sentimentaler italienischer Arien, Pianoforte- und Orgelaussteller konkurrieren zu gleicher Zeit im gefühlvollen Vortrage Strauß'scher Walzer und Bach'scher Fugen; ein elektrisches Clavier, scheinbar von Geisterhänden gespielt, trillert brillante Salonstücke und zwei große Kirchenglockenspiele, welche im südöstlichen Theile des Marsfeldes aufgestellt sind, erschüttern die Lüfte durch ihre klängvolle drohende Sprache — alle zusammen machen einen Spectakel, als ob die Welt einstürzen sollte und übertragen noch das Lohuawohu der sogenannten tunesischen Capelle im afrikanischen Café, wo man schlechten Cigarrentrunk trinkt und gelegentlich auf grabangepeinzelten blauweißen Stühlen sesslieben bleibt. Der Schwund, den diese nordafrikanischen Halbbarbaren auf der Ausstellung treiben, die sie offenbar für einen luxuriösen Jahrmarkt halten, wird nur von der Naivität der Franzosen übertrroffen, welche alle halbcivilisierten Völkerstämme gleich

Schoßhündchen und Aeschen verhälften und doch auch gelegentlich wieder verspoten. Dieser mit Eitelkeit geparte Bemüterungstrieb der Franzosen hatte sich schon bei Anwesenheit der spanischen Studenten hier gezeigt, feiert aber geradezu Orgien in der Verhüllung der ungarischen Zigeuner, welche so feiert werden, als ob sie überhaupt erst vor Kurzem die Musik erfunden hätten. Auf der Ausstellung spielen diese musikalischen Naturkinder von Morgens 11 Uhr bis Abends 6 Uhr und ihre ewig düstigen Kehlen werden währenddessen nie trocken; hunderte, ja tausende von Zuhörern jubeln ihnen zu, lassen Gold auf sie herabregnern und gebärden sich, als ob sie die Engel im Himmel singen hören. In der Stadt dürfen die Zigeuner bei keiner wichtigen Veranstaltung fehlen, in allen Gesellschaften, Ballen, Soireen, Concerten du bon ton haben die schwermützig-läufigen, naturwüchsigen wilden ungarischen Tänze die größte Attraktionskraft. Die kleine Gzardas auf der Südseite des Industriepalastes ist von Morgens bis Abends mit Gästen vollgeprägt. Man ist und trinkt dort auch gat auf echt ungarische Weise und je heftiger der Paprika auf Lippen und Gaumen brennt, desto mehr Tokayer und Rusten Ausbruch verlangt die Kehle.

Überhaupt, für das Trinken und Proben aller möglichen Sorten von Weinen, Bierern, Spirituosen &c. ist hinlänglich gesorgt. Die Herren Erven Lukas Boldi haben unweit von der Puftafelne ein niedliches Häuschen erbaut, in welchem Holländerinnen mit goldblitzenden Stirnhauben die allerhäßtesten und allerbittersten Eliqueure und Schnäpse verschenken. Gezeigt werden Erven Lukas Boldi, die sich alte treue deutsche Solidität bewahrt haben und das Gläschen vorzüglich Curacao's für nur 30 Centimes verschenken, während man überall sonst für schlechten Cognac in gleicher Quantität einen halben Franken bezahlen muß. Auch die Preise in dem kleinen russischen Auschank sind nicht hoch, aber Gott bewahre mich vor häufiger Einkehr bei den buntgeschmückten drallen Bauerinnen (die, nebenbei gesagt, ein vorzügliches Französisch sprechen und darum wohl in Pantin geboren sein mögen), denn sie haben mir ein Glas Kumys赤reden, an welches mich mein Magen noch nach 48 Stunden erinnerte, trotzdem ich als Gegengift ein Gläschen Allasch getrunken, welches selbst dem „Bäckerchen“ in St. Petersburg gemundet haben würde. Ohne meine politischen Sympathien in gegenwärtiger Orientkrise verrathen zu wollen, muß ich doch eingestehen, daß mit die rosenringigen, blondhaarigen Töchter Ubiens am englischen Buffet besser als die Pseudorussen zusagen. Diese Damen wissen sich übrigens tüchtig in Respect zu sehen durch ihre stolzen königlichen Victoria-Marien, die sich bei jeder welschen Plaissanterie naserumpfend verziehen, und durch die seurigen Wasser, genannt Gin, Whisky, Brandy, die keinen Spaß verstehen und im vollen Ernst das Innerste des Trinkers nach außen umzutremeln ver-

suchen. Erfüllen uns Erven Lukas Boldi's Eliqueure mit einer süßen, wehmuthsvollen Stimmung, so ergreift uns ein wilder Schauder, wenn das englische Feuer durch die Adern rast. Den Gin sollte man Torpedoextract nennen und man würde eine nahezu treffende Bezeichnung gefunden haben.

Gelegenheit zum Dejeunen gibt es auf der Ausstellung desto seltener. Unter den zehn Restaurants sind nur drei, deren Preise für das große Publikum berechnet sind. Was will das aber heißen, wenn tatsächlich 50—60.000 Menschen das Marsfeld täglich besuchen? Der Andrang bei den Eingangspforten des trefflichen Etablissement Duval ist so enorm, daß dieselben nur in Zwischenräumen von Viertelstunden auf ein paar Minuten geöffnet werden, damit durch die wartenden Gäste im Innern die Circulation nicht gänzlich unmöglich gemacht wird. Allen Denjenigen, welche keinen Platz finden, möchte ich anraten, nach dem Trocadero zu wandern, wo an einer kleinen versteckten Stelle Herr Professor Mouhot aus Tours sein Domizil aufgeschlagen hat. Hier bekommt man wenigstens Speisen zu sehen, wenn auch nicht zu schmecken. Der geniale Professor, voraussehend, daß nach einigen zehntausend Jahren kein Brennmaterial mehr anzutreffen sein dürfe auf unserem lieben Planeten, macht hier vor den Augen des Publikums die interessantesten Experimente mit großen und kleinen Brenngläsern und er bringt es mittelst derselben richtig fertig, den vortrefflichsten schwarzen Kaffee, das saftigste Beefsteak auf unverfälschtem Sonnenfeuer zu kochen und zu braten. Erleichtert atmen wir auf, die Sorge für das Mittagessen unserer Urururenkel ist uns wie ein Stein vom Herzen gefallen!

Auf dem Trocadero befindet sich auch das im großartigsten Maßstab erbauete unterirdische Schwimmeraquarium. Es ist in der That mit dem größten Geschmac angelegt. Die zahlreichen langen und großen Höhlengrotten und Gänge haben große Fenster, durch die man direct von der Seite in die ansehnlichen Teiche hineinblicken kann. Leider sind die seltenen Fische noch immer nicht angekommen und so muß sich der neugierige Besucher an dem Anblick schöner und fetter Karpfen und Lachse genügen lassen, die schweigsam und fest, unbeweglich ihre Lebensstunden vertragen. Hungertige Menschen fann ein Besuch dieses Karpenteiches allerdings recht nervös machen. Wenn die Götter gestattet haben, seinen murrenden Magen zu beschwichtigen, findet für seine Mittagsstunde auch ein stiller Platz in einer Strohhütte des „petite Trouville“. So wird nämlich allgemein der große freie Platz vor dem Industriepalast genannt, einerseits der von der Seine herüberwehenden feuchten Luft, anderseits der zahlreichen einstigen Strohhüttenwagen, die leicht transportabel, wie sie sind, auch leicht vom Winde umgeweht werden können, wenn der jeweilige Besitzer sich keines großen Körpergewichts erfreut. Doch nach

*Lage*" lediglich durch leichtsinnige Zeitungsnachrichten herbeigeführt worden. Auch in dieser Stimmung denke ich gar nicht an meine eigene Person, ich sehe im vorliegenden Falle lediglich in elstater Weise einerseits das Wesen, andererseits die Folgen der erfundenen Complotgerüchte.

[Frankreich auf dem Berliner Congress.] Die „N. A. 3.“ spricht sich in einem längeren Artikel auch über die Beteiligung Frankreichs an dem Congresse aus. Sie sagt:

„Von den nach Berlin geladenen Vertretern der Mächte sind unsere französischen Nachbarn die ersten gewesen, welche mit prompter Bereitwilligkeit sich hier eingefunden haben. Heissen wir sie ganz besonders herzlich willkommen. Wir begreifen, daß dieser Gang für keinen französischen Staatsmann ein besonders erfreulicher sein kann; desto mehr knüpfen wir an die Unniedlichkeit der zum Congress delegirten Mitglieder des französischen Ministeriums des Auswärtigen die Hoffnung, daß dieselben sich hier von der ehrlichen und aufrichtigen Bereitwilligkeit Deutschlands durchdringen werden, ebenso selbst Frieden und gute Nachbarschaft zu halten, wie es seinerseits das kostliche Friedensgut für alle anderen Nationen zu sichern unermüdlich bestrebt war.“

Wir Deutschen können mit stiller Genugthuung an dem Gegensatz zwischen der Anteilnahme und Vertretung Deutschlands auf dem Pariser Congress von 1856 und der Anteilnahme unserer Regierung an dem Berliner Congress von 1878 die Höhe des Ansehens und der Machtposition, zugleich aber auch der Achtung und des Vertrauens ermessen, zu welcher wir unter den uns umgebenden Nationen gelangt sind. Niemandes Feind, heißt das Deutsche Reich die Vertreter aller Mächte in seiner Hauptstadt willkommen in der Hoffnung, daß sie alle sich hier mit vollem Vertrauen einfinden und nach vollbrachtem Friedenswerk mit noch höherem Vertrauen scheiden werden.“

[Wahl-Correspondenz der Fortschrittspartei.] Seitens des geschäftsfährenden Ausschusses des Central-Wahlcomites der deutschen Fortschrittspartei wird mindestens wöchentlich einmal eine, einen halben Druckbogen umfassende „Wahl-Correspondenz“ versandt werden.

[Die Socialdemokraten in dem aufgelösten Reichstag] sind größtentheils nur dadurch in den Besitz ihrer Mandate gelangt, daß das liberale Bürgerthum seiner Wahlpflicht nicht genügend nachkam oder daß ihnen der Zugang der Wählerschaft jener Parteien zu Theil wurde, welche aus verschiedenen Ursachen die Reichsregierung bekämpften. Welchen Verlauf die nunmehr beginnende Wahlbewegung nehmen wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Wie immer aber auch die Gegenseite auf etwanderplänen arbeiten — über einen Punkt, sagt die „N. E. C.“, kann und darf unter allen Patrioten kein Zwiespalt herrschen, darüber nämlich, daß kein Socialdemokrat in den neuen Reichstag gewählt werden soll. Wird sich dieses Verlangen auch schwerlich vollständig durchsetzen lassen, so bleibt doch die Mahnung zur Pflichterfüllung und zum einträchtigen Vorgehen aller nichtsocialistischen Elemente eine sehr zeitgemäße. Wie immer sich anderwärts die Parteien befinden mögen, in den von der Socialdemokratie bedrohten Wahlkreisen möge es nur einen Gegensatz geben, den der Freunde der Ordnung gegenüber der Umsturzpartei. Wird dieser Mahnung Gehör gegeben, dann muß sich der Besitzstand der Socialdemokraten von Reichstagsmandaten mindestens bedeutend reduzieren. Die Wahlkreise, welche nach Ausweis der letzten Wahlstatistik in Frage kommen, werden von der dritten Parteicorrespondenz registriert. Socialdemokraten wurden gewählt: 1) Im 4. Berliner Wahlkreis mit 55,9 p.C. der abgegebenen und 25,2 p.C. der wahlberechtigten Stimmen; die nächstneisten Stimmen vereinigten sich auf einen Kandidaten der Fortschrittspartei. 2) Im 6. Berliner Wahlkreis mit 50,1 p.C. der abgegebenen und 23,2 p.C. der wahlberechtigten Stimmen; der nächste Kandidat gehörte der Fortschrittspartei an. 3) Im Wahlkreis Reichenbach-Neurode mit 51,9 p.C. der abgegebenen und 26,7 p.C. der wahlberechtigten Stimmen; der Gegencandidat in der engeren Wahl gehörte der Centrumspartei an; derselbe hatte indes in der ersten Wahl den national-liberalen Kandidaten nur um eine unbedeutende Stimmenzahl übertragen. 4) Im Wahlkreis Solingen mit 58,8 p.C. der abgegebenen und 48,9 p.C. der wahlberechtigten Stimmen; der nationalliberale Gegencandidat in der engeren Wahl hatte in der ersten Wahl die größte Stimmenzahl; der Socialdemokrat wurde schließlich der Sieg durch die Centrumspartei verschafft. 5) In Dresden mit 52,2 p.C. der abgegebenen und 37,2 p.C. der wahlberechtigten Stimmen; der Gegencandidat in der engeren Wahl war ein Nationalliberaler; die Ursachen des socialdemokratischen Sieges sind bekannt. 6) Im 13. sächsischen Wahlkreis (Leipzig-Land) mit 50,5 p.C. der abgegebenen u. 28,8 p.C. der wahlberechtigten Stimmen; der nächste Kandidat war ein Nationalliberaler. 7) Im Wahlkreis Chemnitz mit 54,9 p.C. der abgegebenen und 39,3 p.C. der wahlberechtigten Stimmen; der nächste Kandidat

gehörte der Fortschrittspartei an. 8) Im 17. sächsischen Wahlkreis (Glauchau-Waldenburg-Meerane) mit 54,5 p.C. der abgegebenen und 41,6 p.C. der wahlberechtigten Stimmen; der nächste Kandidat war ein Nationalliberaler. 9) Im 18. sächsischen Wahlkreis (Zwickau-Grimma-Borsdorf) mit 61,4 p.C. der abgegebenen und 37,9 p.C. der wahlberechtigten Stimmen; der nächste Kandidat war nationalliberal. 10) Im 19. sächsischen Wahlkreis (Stolberg-Lößnitz-Schneberg) mit 52,3 p.C. der abgegebenen und 30,6 p.C. der wahlberechtigten Stimmen; der nächste Kandidat war fortschrittlich. 11) Im 22. sächsischen Wahlkreis (Kirchberg-Auerbach-Nelkenbach) mit 51,2 p.C. der abgegebenen und 33,7 der wahlberechtigten Stimmen; der nächste Kandidat war nationalliberal. 12) In Neustadt a. R. mit 51,2 p.C. der abgegebenen und 38,9 p.C. der wahlberechtigten Stimmen; der nächste Kandidat war nationalliberal. — Eine beachtenswerthe Minorität, d. h. über 25 p.C. der abgegebenen Stimmen hatte die Socialdemokratie in folgenden Wahlkreisen: Berlin II., III., V.; Sorau, Stadt Breslau, Waldenburg, Magdeburg, Aschersleben-Kalbe, 5. schleswig-holsteinischer Wahlkreis (Norder und Süderdithmarschen), 6. schleswig-holsteinischer Wahlkreis (Pinneberg u. s. w.), Kiel, Altona, 9. schleswig-holsteinischer Wahlkreis (Kreise Plön, Oldenburg u. s. w.), Herzogthum Lauenburg, Kassel, Hanau-Gelnhausen, Elberfeld-Worms, Nürnberg, Erlangen-Fürth, Dresden rechts der Elbe, 6. sächsischer Wahlkreis (Gerichtsamtbezirke Dresden links der Elbe u. s. w.), Meißen und Umgegend, Freiberg und Umgegend, 10. sächsischer Wahlkreis (Nossen-Waldheim-Döbeln), 11. sächsischer Wahlkreis (Döbeln, Burzen-Grimma), Leipzig, 14. sächsischer Wahlkreis (Borna-Pegau-Röchitz), 15. sächsischer Wahlkreis (Mittweida-Burgstädt-Frankenberg), 20. sächsischer Wahlkreis (Zschopau-Lengenfeld-Zöblitz), 23. sächsischer Wahlkreis (Plauen-Döhlitz-Udorf), 5. hessischer Wahlkreis (Dieburg-Offenbach), 1. weimarscher Wahlkreis (Weimar-Apolda), Braunschweig, 2. weimarscher Wahlkreis (Sonneberg-Saalfeld), Gotha, Lübeck, Bremen, Hamburg. — Die Aufgabe in allen diesen Wahlkreisen dünkt uns eine sehr einfache. Da, wo die Socialdemokratie das vorige Mal gesiegt hat, dürfte es sich, vielleicht mit der einzigen Ausnahme des Wahlkreises Reichenbach-Neurode, empfehlen, alle Stimmen auf den Kandidaten derjenigen Partei zu vereinigen, welcher der Majorität am nächsten gekommen ist. In den aufgezählten gefährdeten Wahlkreisen wird lediglich an den bisherigen Vertretern festzuhalten sein. Mögen die leitenden Männer der verbleibenden Parteien an den betreffenden Orten sich unverzüglich und loyal mit einander ins Benehmen setzen; es gilt die Ehre des Vaterlandes zu retten!

[Die Conservativen] werden voraussichtlich in allen Berliner Wahlbezirken Kandidaten aufstellen. Herr Stöcker scheint, nach der „Volks-Ztg.“, Lust zu haben, sich im sechsten Wahlbezirk aufzustellen zu lassen. An eine Majorität für ihn ist nicht zu denken, aber — er hat seine Freude daran, den Socialisten wieder einmal zu Hilfe zu kommen.

Hamburg, 11. Juni. [Haussuchung.] Auf Antrag des Staatsanwalts Lessendorf zu Berlin hat am vergangenen Sonnabend bei den Mitgliedern des hier bestehenden socialdemokratischen Central-Wahlcomites eine Haussuchung stattgefunden, welche bis spät in die Nacht sich ausdehnte.

Braunschweig, 11. Juni. [Majestätsbeleidigungen.] Augenblicklich sind hier nicht weniger als sechs Individuen festgestellt, welche sich einer Majestätsbeleidigung verdächtig gemacht haben. Der Schuhmacher Fränkel, über den ich Ihnen schon geschrieben habe, ist jetzt als vollständig unschuldig entlassen. Es müssen demnach seine Neuerscheinungen also doch wohl mißverstanden sein.

△ Magdeburg, 12. Juni. [Zweiter deutscher Lehrertag. II.] Heute wurde zunächst in die Discussion über die bereits gestern mitgeteilten Anträge des Herrn Edert (Berlin) eingetreten. Der Antragsteller bemerkte: Das preußische Marinewesen sei früher dem Kriegsminister unterstellt gewesen; als man aber mit dem Marinewesen in Preußen Ernst mache, so fand man es doch für erforderlich, ein eigenes Marineministerium zu errichten. Dasselbe gelte auch von dem Unterrichtswesen. Sollte dasselbe in wirklicher Weise gefördert werden, dann sei auch die Errichtung besonderer Unterrichtsministerien erforderlich. — Herr Halben (Hamburg): Er erfuhr, den Übergang zur Tagordnung bezüglich dieses Antrages zu beschließen. Der Antrag sei einschließlich von zu weitgehender Bedeutung, als daß er ohne weitere Vorberatung zur Annahme gelangen könnte, und andererseits habe das preußische Unterrichtsministerium falls die vollen Sympathien des gesamten deutschen Lehrerstandes. (Bravo, sehr richtig!) Ein derartiger Antrag sei aber sehr geeignet, dem Herrn Minister Dr. Falz Hindernisse zu bereiten. — Herr Edert (Berlin): Der Herr Minister Dr. Falz habe auch

einem wirklich guten und reichlichen Diner hat's mit dieser Gefahr nicht viel auf sich.

Tabakrauchen ist bekanntlich in Frankreich in freier Lust fast überall erlaubt. Nahezu fünf Sechstel der ganzen Bevölkerung muß sich mit der billigsten Sorte der Regie, die aber immer noch 25 Francs das Kilo kostet, mit dem sogen. „à fumer“ begnügen. Man gewöhnt sich auf Gottes lieber Erde an manches Abscheuliche, also auch an dieses Kraut, welches mit zollangem Holzspanen reichlich untermischt, im Feuer des Gesetzes einen merkwürdig brenzlichen Geruch — sagen. Oftner — verbreitet. Man raucht diesen „Stoff“ in Pfeifen und Zigaretten. Die Tabakmanufaktur hat in der Nähe von Klein-Trouville einen sehr hübschen Pavillon errichtet, in welchen zwölf junge Arbeiterinnen die Herstellungweise von Zigaretten und Zigarren veranschaulichen. Die besseren Gattungen werden mit der Hand sortiert, gerollt und politzt; die geringeren mit sehr praktischen Maschinen. Ringsherum befinden sich in Glaskästen die herrlichsten Proben von Tabaken, Zigarren &c. Es ist Jammer und Schade, daß diese Prunkstücke so selten in den Handel kommen und nur für schweres, schweres Geld zu haben sind! Um den Pavillon herum in einem kleinen Gärten sind Tabakstauden angepflanzt, die mit großer Neugierde als hauts-nouveautés angestaut werden; vergeblich aber suchte ich nach den geringeren „Tabaksorten“ als da sind Kohlräben, Wassergäste &c. Bescheiden wie die Regie ist, in ihrer Reklame sowohl wie in ihren Preisen, hat sie von der Ausstellung ihrer gehoben-schönen Herrlichkeiten Abstand genommen. Die „Compagnie der Streichhölzer“ ist noch beschädiger gewesen und hat gar nicht ausgestellt. So ist es mir leider verwehrt, den geneigten Leser mit der Herstellung feuerfester Allumetten, bei denen man vergeblich versucht, Feuer zu erhalten, näher bekannt zu machen. Es gibt aber auch Streichhölzer, welche wirklich brennen, die bekannten schwedischen, welche in jedem Tabakladen zum Preise von 10 Centimes für 50 Stück, zu haben sind.

Essen, Trinken, Rauchen und Schlafen, die vier unumgänglichsten Gewohnheiten des Menschen sind, wie aus Vorstehendem ersichtlich, auf der Ausstellung nicht unverdeckt geblieben. Aber die Gewohnheiten des Geborenwerdens und des Sterbens sind auch nicht vergessen worden. Ich will keine nähere Beschreibung des anatomischen Cabinets geben, welches das französische Unterrichtsministerium schamhaft mit einem rothen Vorhang verbüllt hat. Hier sind schreckliche Dinge zu sehen, Modelle aller möglichen Krankheitserscheinungen am menschlichen Körper, Operationsinstrumente und Zangen, mit Hilfe derer man Kopfsäfte in die Welt springt &c. Decken wir den roten Mantel des Unterrichtsministeriums darüber und schützen wir uns zu freundlicheren Genossen unserer Kinderzeit, zu den Wiegen, die zahlreich und in den geschmackvollsten Formen bei den Franzosen zu finden

finden. Eine derselben wird durch selbstthätigen Mechanismus eine ganze Stunde lang im Schaukeln erhalten. Das ist wirklich erstaunlich und als erster Schritt zur Erfindung künstlicher Kindermädchen anzusehen. Geduldet Euch noch ein Weilchen, ängstliche Mütter, es wird eine Zeit kommen, in welcher ihr keine Furcht mehr zu haben braucht, daß Eure Kindermädchen auf öffentlichen Promenaden sich von bunten Soldaten zur Unachtsamkeit verführen lassen. Wenn die künstliche Amme nur exact gearbeitet ist, wird sie bessere Dienste verrichten als eine lebendige. Ich hoffe zuversichtlich, daß ich von der nächsten Weltausstellung über die bevorstehende wichtige Erfindung Näheres berichten können. Paul Perron.

### Arm und Reich.

Die bedauerliche Unrat, welche der Klempnergeselle Hödel aus Leipzig verübt hat, ist gewiß reichlich ihrem politischen Interesse nach durch die heftige Polemik des Tages gewürdigt worden, ob sie eine giftige Frucht mißverstandener socialdemokratischer Lehren sei. Die eingehende gerichtliche Untersuchung wird dies, wenn Hödel sich zu aufrichtigem Geständniß bequemen sollte, nur in sicherer Weise feststellen; — sie wird auch ergeben, da die Psychiatrie urtheilen wird, wie weit die That ein pathologisches Interesse beansprucht. Vorläufig gebührt die größte Aufmerksamkeit dem Theile der Hödel'schen Aussagen, dem zufolge er die That begangen habe, um zu zeigen, daß der Reiche den Armen unterdrückt und dieser genötigt sei, aus Hunger zum Selbstmorde zu greifen, und zwar inmitten eines großen und reichen Gemeinwesens wie Berlin — vor den Augen des Kaisers. Da der Ideengang Hödel's schwerlich ein vereinsamter ist, so dürfte sich eine wirtschaftliche Betrachtung über Armut und Reichthum mit Berücksichtigung der neuesten socialdemokratischen Lehren über dieses Capitel als zeitgemäß einführen können. Die Literatur der Socialdemokratie ist reich an Bemerkungen auf diesem Gebiete und vermag zu der Lösung des Rätsels beizutragen, wie ein Mensch durch falsche Anschaun über das Eigenthum, den Werth und das Capital zu einem so lebhaften Gefühl der Unzufriedenheit gebracht werden kann, daß er den vermeintlichen Träger der heutigen Ordnung im Staate, das Staatsoberhaupt, besiegen will.

„Die Hunderttausende und Millionen der Kelchen“ — schreibt Wilhelm Brack („Nieder mit den Socialdemokraten.“) Braunschweig 1876) — „find das Mittel, Ihren Besitzern neue Reichthümer zuzuführen; — die Millionen vermehren sich, sie hecken, ohne daß ihre Besitzer auch nur den Finger zu rühren brauchen; sie sind die Brüder, über welche die Erräge der Arbeit anderer, fleißiger Menschen jenen Wenigen zugetragen werden, ganz ohne deren Verdienst, weil sie schwarz sind. — Die Verhöhnung des gemeinsamen Arbeitsvertrags,

— eine völlige Sympathien und es habe ihm (Redner) nichts fernlegen, als durch seinen Antrag dem Herrn Minister Hindernisse zu bereiten. Er habe den Antrag gestellt, da der Herr Minister den Lehrern selbst gesagt habe: anderweitige Geschäfte hätten ihn bis jetzt gebunden, für das Volkschulwesen mehr zu thun, als es geschehen. — Auf Antrag des Herrn Kule Vieles wurde schließlich beschlossen, den Antrag dem gesetzsfähigen Auschüsse zur Erwägung anheimzugeben, ob derselbe geeignet sei, auf dem nächsten Lehrertage noch einzutragen. — Herr Schumann (Dresden) referierte alsbald über das körperliche Büchtingungsrecht der Lehrer. Der Referent beantragte eine Anzahl von Theilen, in denen eine Änderung der §§ 223, 230 und 232 gewünscht wird. Der Lehrer, dem man ein gewisses Büchtingungsrecht zugestellt — so äußerte sich der Redner — werde bei einer kleinen Körperverletzung ex officio und viel höher, als jedes Privatperson, der das Büchtingungsrecht nicht aufwebe, bestraft. Eine solche Körperverletzung sei bei bewahrlosten und widerstreitigen Kindern nur allzu schnell geschehen, zumal man unter Körperverletzung diejenige Büchtingung bereits verstehe, die körperliche Schmerzen verursache. — Herr Langen (Breslau): In Folge der Erfüllung Beiflüsse habe eine gewisse Preise uns „Prügel-Pädagogen“ genannt. Der Lehrer sei in der Schule der Stellvertreter der Eltern und wenn die Zustände, unter denen wir leben, besser werden sollen, dann gestalte man dem Lehrer, den man ja so gern für alle vorkommenden Brutalitäten verantwortlich mache, auch das Büchtingungsrecht (Beifall) — Herr Cossen (Stettin): Er wolle den Stoc aus der Schule nicht gänzlich entfernen, aber er glaube, daß die bestehenden bezüglichen Paragraphen des Strafgelehrbuchs vollständig ausreichen. Die Bewilligung gewisser Gesellschaftsschäden sei schon lange vor den jüngsten Verbrechen zu verzeihen gewesen. Daß man durch größere Bußmittel in der Schule derartige Verbrechen, wie sie jüngst leider in Berlin vorgekommen, verhüten könnte, möchte er beispielhaft erläutern. Er warne, der Reaction die Hand zu richten und die Prügel-Pädagogik auf den Schild zu erheben. Er (Redner) vertrate der Einsicht der Aerzte, daß sie nicht jede Büchtingung ohne Weiteres als Körperverletzung attestieren werden. (Oho, oho) — Herr Meyer (Königsberg i. Pr.): Als vor zwei Jahren in Königsberg die diesbezüglichen Beschlüsse des Lehrertages zu Erfurt bekannt wurden, sei die dortige Lehrerwelt etwas erstaunt gewesen. Während man in den Strafanstalten die Prügelstrafe abgeschafft habe und unsere gesamte Bevölkerung immer mehr der Humanität zusteuere, wollen die Lehrer in der Schule die Prügelstrafe wieder einführen. Herostratische Naturen, wie die ruchlosen Verbrecher der Neuzeit, werde man dann nicht unmöglich machen, dagegen der fortwährenden Schädigung der Menschheit große Hindernisse bereiten. Ein gewisses Büchtingungsrecht sei den Lehrern gestattet und dies wolle auch er beibehalten wissen. Wenn man eine seitens des Lehrers begangene Körperverletzung höher als die jeder Privatperson akte, so sei dies für so manchen Heiksporn ein sehr heilbringender Dämpfer. Bei geringfügigen Körperverletzungen werden sowohl Staatsanwälte als auch Richter sehr milde mit den Lehrern verfahren. (Oho oho) Man könne doch schließlich den Lehrern nicht das Recht zugestehen, daß Büchtingungsrecht so weit ausgedehnt, daß die Gesundheit der Kinder dadurch Schaden leide. — Nachdem noch Herr Dr. Schnell (Berlin) sich für die Anträge des Referenten, Herr Dr. Klagenfay (Hannover) dagegen gehaust, gelangte die erste der vom Referenten beantragten Thesen in folgender Fassung zur Annahme: „Die Volksschule bedarf in Bezug auf die zu erziehende Jugend als Stellvertreterin des Elternhauses auch ferner des Reiches der körperlichen Büchtingung, da in Folge des Schulzwanges Schulkindern auch nach mehrfach fruchloser Anwendung anderer Strafmittel, wie bei frischer Widersehigkeit und grober Unstüttlichkeit nur im äußersten Falle ausgeschlossen werden können. Sodann ist ein solcher Abschluß eine weit höhere Strafe, als körperliche Büchtingung, ohne die Verbesserung des ausgeschlossenen Kindes unbedingt wirksamer zu fördern.“ — Ferner wurde nach langer und bestiger Debatte beschlossen: „Der Staat hat ein hervorragendes Interesse daran, daß der Lehrer als Mitterzieher der Jugend die Ausübung des Büchtingungsrechtes aus Furcht vor den zur Zeit bestehenden Strafbestimmungen dort nicht unterlässe, wo sorgfame Erwägung und pädagogische Erfahrung dieselbe fördern. Die körperliche Büchtingung ist als Abschluß wahrer erziehlicher Liebe und der Individualität wie den Verbällnissen angemessen und in schädlicher, die Gesundheit nicht gefährdender Weise anzuwenden, so daß der Zweck des Büchtingungsrechtes nicht übertritten wird. Die Anwendung der körperlichen Büchtingung der Schuljugend wird um so seltener werden können, je geringer die Hindernisse sind, welche der erziehlichen und unterrichtlichen Tätigkeit des Lehrers aus der Erfüllung der Schulklassen, aus Mangel an Lehr- und Lernmitteln, aus unregelmäßiger Schulbesuch und entstehendem Einfluß des Hauses erwachsen; je mehr das Ansehen des Lehrers durch eine seiner Tätigkeit und Bildung entsprechende sociale Stellung, durch Vertrauen und Achtung seiner unmittelbaren und mittelbaren Vorgesetzten gefördert und aufrecht erhalten wird. Die Verfolgung solcher Überschreitungen des Büchtingungsrechtes, durch welche angeblich strafbare Körperverletzungen herbeigeführt werden sollen, geschieht von Seiten der Staatsanwaltschaft im Einverständnis mit der vorliegenden Schulbehörde, welcher mitin die Voruntersuchung zu überlassen ist. Auch ist das Urteil des Bezirksarztes erforderlich, um eine Körperverletzung zu constatiren. Da die Lehrer in der Schule hinsichtlich der Erziehung der Kinder als die Stellvertreter der Eltern anzusehen sind, so lädt sich eine verschärfte Bestrafung des Lehrers bei Überschreitungen des Büchtingungsrechtes nicht rechtfertigen. Es ist seitens der Lehrer die Verwirklichung dieser Beschlüsse anzustreben durch Einwirken auf die öffentliche Meinung und die Art der Handhabung der einschläglichen Paragraphen des Strafgelehrbuchs. Die Lehrer haben weder das Bestreben, der körperlichen Büchtingung Vorwurf zu leisten, oder dieselbe zu verallgemeinern, noch eine thatächliche

in der Art, wie wir es heute sehen: daß die größten Anteile Denen zufallen, die nichts thun, daß aber Denenjenigen, welche die anhaltende und mühsame Arbeit verrichten, kaum die dunderste Nothdurft auffällt; — die traurige Lage der großen Mehrheit des Volkes und dagegen der immer mehr steigende Reichthum weniger Menschen — da liegt's! Der todte Besitz nimmt der lebendigen Arbeit ihre eigenen Früchte. Und da die Arbeit das ursprünglichste Eigenthumsrecht, das sich denkt lässt, an diesen ihren Früchten hat, so ist der todte Besitz ein Feind des Eigenthums der lebendigen Arbeit.“ — Es werde, heißt es dagegen, eine verschärfte Bestrafung des Lehrers bei Überschreitungen des Büchtingungsrechtes nicht erfordern. Es ist seitens der Lehrer die Verwirklichung dieser Beschlüsse anzustreben durch Einwirken auf die öffentliche Meinung und die Art der Handhabung der einschläglichen Paragraphen des Strafgelehrbuchs. Die Lehrer haben weder das Bestreben, der körperlichen Büchtingung Vorwurf zu leisten, oder dieselbe zu verallgemeinern, noch eine thatächliche

Capitalistische Eigenthumsbegriff wird in den Eigenthumsbegriff des arbeitenden Volkes übergehen. Von einer Aufhebung des Eigenthums ist keine Rede, und an der verhinderten Wandlung wird Niemand Anstoß nehmen.“ Die Eigenthumsverhältnisse sind solchen Wandlungen unterworfen. Im Zukunftsstaat werden sich die Menschen „als freie Gleiche gegenüberstehen, sich gegenseitig achten und fördern; — das arbeitende Volk wird dann nicht mehr verklagt werden in dem Gewinne seines Eigenthums, und jedem, der arbeitet, wird dann mehr zu seiner Ernährung, Kleidung, Wohnung, Erholung und Ausbildung zu Gebote stehen.“

Dagegen lehrt die Volkswirtschaftswissenschaft, daß jeder Capitalist, welcher seine selbst erübrigten oder ererbten Vorräte nicht aufzehrt, sondern — wie man sagt — von den daraus entfallenden Renten lebt, dem Volkshaushalt einen wichtigen Dienst leistet, indem er seinen Mitmenschen eine gewisse Summe Arbeitshilfsmittel, ohne welche so und so viele Menschen weniger beschäftigt werden könnten, so und so viel neue Werke weniger erzeugt würden, erhält und zur Benutzung überläßt. Der Lohn dafür ist die Rente. Stände es in der Macht eines Menschen, diese Belohnungen aus der Welt zu schaffen, so würde sich kein Besitzer von Vorräten mehr dazu bereit finden lassen, jene — dann unrentabel — Unternehmungen zu fördern.

Ueberschreitung derselben in Schutz zu nehmen." — Danach schließt die heutige Sitzung gegen 3½ Uhr Nachmittags. — In der morgigen Sitzung gelangt nur noch „die Stellung der Lehrer in der Gemeinde-Verwaltung“ zur Verhandlung, bei welcher Frage zweifellos der Beschluss gefasst werden wird, daß den Lehrern das aktive und passive kommunale Wahlrecht zu gewähren sei. Alle übrigen Themata sind von der Tagesordnung abgesetzt. — Zu erwähnen ist noch, daß bei dem gestrigen Diner der erste Toast Sr. Majestät dem Kaiser und der zweite dem Cultusminister Dr. Falz galt. Außerdem wurde beschlossen, an Letzteren ein Begrüßungs-Telegramm zu senden.

— ch. Von der sächsischen Grenze, 10. Juni. [Socialdemokratie. — Landesculturbank. — Brandkasse. — Steuergesetz. — Die Unabhängigkeit der Richter.] Die Socialdemokratie ist ruhig und thätig, um in der industriellen Oberlausitz, wo sie bisher noch keinen rechten Boden fassen konnte, eine Organisation zu schaffen und neue Anhänger zu gewinnen. Der in Görlitz wohnhafte Agitator H. Keller, welcher früher in Bautzen zum Reichstag candidirte, hat in der neuesten Zeit auch in Löbau und in Zittau Vorträge gehalten und in Löbau den Erfolg gehabt, daß sich dort ein socialdemokratischer Verein, wenn auch vorläufig nur von 18 Mitgliedern gebildet hat. In Zittau sprach er am Tage vor Nobiling's Attentat über die Frage: „Ist die Socialdemokratie an der Verwilderung und Unstetigkeit des Volkes Schuld?“ und verwahrte seine Partei gegen den Vorwurf, die intellectuelle Urheberin des Hödel'schen Attentats gewesen zu sein. Nach Kellers Darstellung sind die Träger der Unstetigkeit vorzüglich die bestehenden Klassen und diese verhindern überdies die Arbeiterklasse durch Beibehaltung der Frauen- und Kinderarbeit, sowie durch Bekämpfung der besseren und gleichmäßigeren Vertheilung der Güter sich so zu vervollkommen, als diese es wohl wünschte. Abweichend von der Praxis in andern sächsischen Städten hat die Polizei in Löbau und Zittau der Abhaltung der socialdemokratischen Versammlungen kein Hindernis in den Weg gelegt. — Die sächsische Landesculturrarentenbank ist durch ein neues Gesetz vor weiteren Verlusten bewahrt, wie sie ihr aus dem niedrigen Coursthause der Rentenscheine in Verbindung mit der Verpflichtung, daß zur Ausgleichung nötige Capital haar auszuzaubern, entstanden. Die Rentenbank zahlt nämlich das für landwirtschaftliche Verbesserungen oder Neuauflagen aufgewandte Capital, welches der Unternehmer mit einer auf dem Grundstück einzutragenden Rente von 5 p.C. 41 Jahre lang zu verzinsen resp. zu amortisieren hat, in der Weise, daß die Bank vierprozentige Rentenscheine à 500 oder 100 Thaler gewährt und den Rest, welcher nicht in Hundert ausgeht, haar auszahlt. Bei dieser Haarzahlung verlor die Bank, welche zu diesem Behuf Rentenscheine verkaufen mußte, etwa 5 p.C. und es ist ihr deshalb neuerdings durch Gesetz gestattet, die haar zu zahlenden Kapitalspizen nach Verhältniß des Tagecourses abzumindern. Der einzelnen Unternehmer dadurch treffende kleine Nachteil aber soll dadurch unschärbar gemacht werden, daß gleich bei Feststellung des Anlagenkapitals der Aussall mit berechnet wird. — Die sächsische Landes-Immobilienbrand-Ver sicherungsanstalt hat im vorigen Jahre so bedeutende Ueberschüsse erzielt, daß der erste halbjährige Beitrag für Gebäude den Versicherten für das laufende Finan Jahr erlassen wird. Die Gesamtsumme der Versicherungen belief sich beim letzten Abschlag auf 2392 Millionen Mark, die Gesamteinnahmen auf 9,941,666 M., die Ausgaben auf 6,787,764 M. — Die zwischen beiden Kammern noch bestehenden Differenzen wegen des Einkommen-Steuer-gesetzes sind durch gegenseitiges Nachgeben beigelegt und mit einem aus tiefster Seele kommenden: „Gott sei Dank! das wäre nun fertig!“ konnte der Referent der zweiten Kammer, Abg. Kirbach, die Tribüne nach der leichten Abstimmung verlassen. Auf Grund dieser Steuer-reform ist nun dem Landtag ein Nachtrags-Budget für 1878/79 vorgelegt, wonach die Einstellung der directen Steuern in das Einnahme-Budget folgendermaßen erfolgen soll: Grundsteuer für 1878 nach 7,2 Pf. pro Steuereinheit 4,656,960 M.; für 1879 nach 4 Pf. pro Steuer-einheit 2,620,400 M., nebst den sonstigen Einnahmen 3,659,980 M. nach Abzug der Ausgaben 3,251,700 M. gemeinsährig einzuliefernder Ueberschuß. Gewerbe- und Personalsteuer 1878 nach 0,8 des vollen Betrages mit 5,000,000 M. unter Berechnung der sonstigen Einnahmen 6,116,000 M. 1879 fällt die Steuer bekanntlich weg und wird nur die Steuer vom Gewerbetriebe im Umherziehen 120,000 M. erhoben. Nach Abzug der Ausgaben 2,785,300 M. Die Einkommensteuer wird mit 11 Steuereinheiten für 1878 eingestellt, 10,230,000 M. und für 1879 18,531,000 M. 50 Prozent. Zuschlag

zum Normalsteuersatz, nach Abzug der Ausgaben 12,806,530 M. gemeinsam einzuliefernder Ueberschuß. Im Nachtrag zum Ausgaben-budget werden 496,008 M. mehr an Matricularbeiträgen, 20,000 M. zur Vollendung der sächsischen Arbeiten der europäischen Gradmessung und 65,250 M. Jahresvorräte für das bei 15 Gesellschaften mit 4,350,000 M. versicherte neue Hoftheater gefordert. — Bei Be-rathung des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz ist es in der zweiten Kammer zwischen dem Justizminister Abelen und dem Socialisten Advocat Freytag zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Unabhängigkeit der Richter gekommen. Schon daß die Deputation sich durch die Nachgiebigkeit des Justizministers bezüglich der Belbehaltung der Amtsgerichtsbezirke hatte bestimmen lassen, den § 4 anzunehmen, wonach die Bezirke der Landgerichte, sowie Zahl, Sitz und Bezirke der Amtsgerichte durch Verordnung festgesetzt werden, wurde vom Advocaten Freytag als ein Rückzug getabek, noch energischer aber wendete er sich gegen den Deputationsvorschlag, daß auch bei Besetzung von Stellen an Landgerichten und Amtsgerichten, deren etatmäßiger Gehalt über 6000 Mark beträgt, die Regierung ohne Rücksicht auf das Anciennitätssprincip die Wahl treffen kann. Abg. Freytag erblickte darin eine Gefahr für die Unabhängigkeit des Richterstandes und erklärte, er könne bestimmte Beispiele dafür anführen, daß sächsische Richter von der Verwaltung beeinflußt würden. So seien die Staatsanwälte angewiesen worden, in gewissen Fällen, wo die Verwaltung eine Verurtheilung erwartet habe, aber Freisprechung erfolgt sei, dem Justizminister darüber Anzeige zu machen; auch sei es wiederholt vorkommen, daß der Justizminister den Richtern Rügen aufgesprochen habe, weil er mit den von ihnen gefallten Urtheilen nicht einverstanden gewesen sei. In höchster Erregung bestritt der Justizminister Freytags Angaben und beklagte sich darüber, daß durch solche Angriffe die Autorität der Behörden geschädigt werde; jedoch war er nicht im Stande, Freytags Behauptungen zu entkräften. Da er sich in der Hiz gegen das Anciennitätssprincip überhaupt aussprach, so wurde ihm selbst von conservativer Seite bemerklich gemacht, daß dies Princip den wesentlichen Inhalt des § 16 ausmache und das Zustandekommen des Gesetzes davon abhängig sei, daß der Justizminister seine in der Deputationsförmung ertheilte Zustimmung nicht zurückziehe. Schließlich wurde das ganze Gesetz gegen die eine Stimme Freytags unverändert angenommen.

Gotha, 10. Juni. [Die Berufung des socialistischen Local-Comites in Gotha gegen das Verbot des Socialisten-Congresses] ist vom Staatsministerium sofort zurückgewiesen worden, weil § 44 des Staats-Grundgesetzes nur solche Versammlungen unbewaffneter garantirt, „welche die öffentliche Ruhe und Ordnung zu gefährden nicht geeignet“ seien. Eine auf den 8. Juni einberufene Versammlung der Socialdemokraten Gotha wurde sofort verboten.

Mainz, 11. Juni. [Verhaftung.] Der socialistische Agitator Hermann Lange aus Hamburg ist heute in einer „Volksversammlung“ in Ingelheim verhaftet worden.

Hagenau i. E., 10. Juni. [Majestätsbeleidigung.] Ein Dragoner des hier garnisonirenden 3. Schlesischen Dragoner-Regiments Nr. 15 ist wegen schwerer Majestätsbeleidigung, die sich auf das Attentat bezog, in Arrest gesetzt. Die „Kölner Zeit.“ glaubt betonen zu sollen, daß der Verhaftete kein Ersaffer, sondern ein Frankfurter ist.

Stuttgart, 10. Juni. [Deutsch-conservative Attentats-Prüfung.] Der Ausschuss des „deutsch-conservativen Vereins“ erklärt einen Aufruf: „Die deutsch-conservative Partei habe, unbemerkt durch Anfeindungen und Verdächtigungen von liberaler, demokratischer und socialistischer Seite, im Bewußtsein der Wahrheit ihrer Grundsätze in kleiner Zahl ihre warnende und mahnende Stimme in den letzten Jahren erhoben; sie steht nun gerechtfertigt da, wenn sie erinnerte, daß der Geist, aus welchem unsere Gesetzgebung entsprungen ist und in dem sie gehandhabt wird, Früchte zeitigen müsse, deren Wirkung die Auflösung unseres Volks- und Staatslebens sei.“

### Deutschreich.

\* Wien, 11. Juni. [Bessarabien und Antivari.] Den Befürchtungen des Grafen Apont und Gisras in den Deputationen wegen der, uns bedrohenden Isolirung hat sich nun am Vorabende des Congresses auch Kossuth angeschlossen. Als Bevollmächtigter des

Gouverneurs Kossuth ging Andrassy vor 20 Jahren nach Konstantinopel, um ein paar Jahre später seinen Namen in Osten am Galgen angeklagt zu sehen. Heute erscheint Graf Andrassy Gyula vor K. S. S. und Krahnahörle als leitender Minister Österreichs in Berlin auf einem Congresse zur Regelung der orientalischen Frage; und Kossuth Lajos bleibt aus seinem Exile in Baraccone ein verächtliches Urtheil über die Politik Sr. Excellenz ab. Der — übrigens freiwillig — Verbannte fürchtet, aus dem Congresse den Frieden hervorgehen zu sehen, den, vielleicht mit Ausnahme der Türken, die ganze übrige Welt so sehnlich herbewünscht. Das gibt dem Verdicte Kossuths eine sarkastische Schärfe und läßt ihn die Situation zu einer Caricatur verzerrn. Im Großen und Ganzen aber läßt sich leider nicht leugnen, wie ja auch die Delegationen es zur Genüge bewiesen haben, daß hier die Besorgniß sehr allgemein obwalte, Österreich werde sich, nachdem es dem Fürsten Bismarck gelungen, Russland und England unter Einen Hut zu bringen, mit einigen formellen Concessions begnügen müssen. Hat es doch nur gar zu sehr den Anstrich, als sollten wir überall da, wo wir ein rein österreichisches Einverständnis zur Geltung bringen wollen, einem Einverständnisse Russlands, sei es mit Deutschland, sei es mit England, oder gar mit Beiden auf seinem Wege begegnen. Die bessarabische Frage ist für uns zugleich die Frage der Donauumfassungen, also von äußerster Wichtigkeit. Während nun England derselben gleichgültig gegenübersteht, bieten die beiden Kanzler Russlands und Deutschlands in Bukarest Alles auf, um ein sait accompli herbeizuführen. Fürst Bismarck setzt alle Hebel an, um Carol I. zur Nachgiebigkeit zu bewegen: und General Drentelen schließt von seinem Hauptquartiere Ploiești aus bedeutende Massen russischer Truppen gegen die rumänische Armee vor, weil er dieselbe nicht in Positionen dulden kann, wo sie nur darauf zu passen scheinen, eventuell die Vorhut einer einschügenden österreichischen Armee abzugeben. Cogolinteanu behauptet nun freilich Andrassy habe schon in Reichstadt (7. Juli 1876) die Retrocession Bessarabiens zugegeben. Aber auch wenn Sturdza Recht hätte, daß Österreich entschlossen ist, Rumäniens nicht preiszugeben, falls nur dieses selber seine Pflicht erfüllte: deutet Alles darauf hin, daß wir bei Einlösung dieses Versprechens allein dasseien würden. Nicht viel anders liegen die Dinge in Antivari. Auch bezüglich dieses Hauses soll der Tsar dem Grafen Schuvaloff erklärt haben, sein Nizza gegebenes Wort müsse respektirt werden; und Marquis Salisbury hätte sich gesagt. Eine Occupation Antivaris durch österreichische Truppen würde von den Helden der Schwarzen Berge sicherlich nicht so gleichmäthig hingenommen werden, wie die Besetzung Abdalas von Seiten der Türken. Ich bin daher auch weit entfernt, an die Gerüchte zu glauben, die in dieser Richtung kursiren. In Antivari würden die Österreicher, nachdem sie die Montenegriner hinausgeworfen, auch ebenso wie die Engländer für die Rhodope-Insurgenten, den Südpunkt für die muhammedanischen Albaner und die katholischen Mirditen südlich vom Scutarisee bei ihrem Widerstande gegen die Aufteilung an Bulgaren, Serben und Zernagorzen zur Stützung abgeben.

Wien, 11. Juni. [Gericht.] Der hiesige Correspondent der „Daily News“ telegraphirt: „In hiesigen diplomatischen Kreisen erwartet man, daß nach der Genesung des Kaisers Wilhelm eine Zusammenkunft der drei Kaiser stattfinden werde.“

### Frankreich.

Paris, 10. Juni. [Antirepublikanische Machinationen. — Von der Ausstellung. — Personalien. — Ministerielles. — Haussuchungen bei Deutschen in Paris. — Preise für Aussteller musikalischer Instrumente.] Mit der verschloßenen Interpellation der Reaktionspartei im Senat sind wieder allerlei unruhigende Gerüchte in Umlauf. Die Duponvou'sche „Defense“ hat die Drohung ausgestoßen, noch am Schlusse der Weltausstellung werde sich ein folgenschweres, unerwartetes Ereignis zutragen, und man fragt sich, was diese ominöse Prophezeiung zu bedeuten habe. In den Couloirs der Deputirtenkammer ging auch heute die Rede von verdächtigen Anstrengungen, welche die Rädelshüter der Maipolitik im Elysée machen sollen, um den Marshall Mac Mahon zu einer neuen antirepublikanischen Unternehmung zu veranlassen. Diese Gerüchte treten mit solcher Bestimmtheit auf, daß die republikanische Union, wie es heißt, den Besluß gefaßt hat, eine Anfrage (Fortsetzung in der ersten Beilage.)

wenn Dicjenigen, welche in Fälle genießen, nicht da wären mit ihren Fähigkeiten und Mitteln, es noch viel schlechter mit Denen stände, die bei ihrer Mittellosigkeit karglich leben müssen. Die Volkswirtschaft weist nach, daß, wo sich der Volkshaushalt frei auf seinen natürlichen Grundlagen entwickelt, keiner auf Kosten der Anderen genießt, sondern jeder durch Förderung des eigenen Nutzens auch für Andere Nutzen stellt. Das Fülle noch nicht für Alle da ist, mag man bellagen, daß aber wenigstens schon Einige Reichthum erzielt haben, ist um so erfreulicher, als dadurch die reichlichere Versorgung der Lebigen angebahnt und leichter erreichbar gemacht wird. Die Aufgabe Derer, die Herz und Sinn haben für die Aufbesserungen der karglichen Existenzien, ist nicht, neue Grundlagen des Volkshaushalts zu erstinnen, sondern zu fragen, wie man auf den Wegen, auf denen Einige schon Reichthum erzielt haben, die hellweis noch darbende mittellose Menge so weit vorwärts bringe, daß sie nicht mehr Noth leide um die Befriedigung der dringlichen Bedürfnisse und mäßiger Culturansprüche.“ — Der Reichthum, sagt der bekannte Volkswirth Dr. Gras, müßte unbedingt der Armut geopfert, d. h. vertheilt oder für gemeinschaftliches Staatsgut erklärt werden, wenn er die Armut verschuldet, und wenn es wahr wäre, daß es keine Armen mehr geben würde, wenn es keine Reichen mehr gäbe. Die Armut ist aber nicht ein bloßer Gegensatz zum Reichthum, sondern ein selbstständiger Naturzustand. Es würde auch Armut geben und es würden auch Menschen am Hungertode sterben, wenn sie niemals Gelegenheit gehabt hätten, den Gegenjazz zur Armut, den Reichthum kennen zu lernen. Nicht weil, sondern obgleich wir in Europa reiche Leute haben, glebt es bei uns viel Armut. Diese Armut würde noch größer sein, wenn es weniger Reichthum in Europa gäbe.

Die Socialdemokraten lehren dagegen, daß die ökonomische Gleichheit möglich sei und daß nach Herstellung zu derselben es allen Menschen wohlergehen werde. Die politische Freiheit — sagt August Bebel „Unsere Ziele.“ Leipzig, 1875) — ist nicht Zweck, sondern Mittel zum Zweck; als Zweck betrachtet die Socialdemokratie die Herstellung der ökonomischen Gleichheit, also die Errichtung eines auf voller Freiheit und Gleichheit basirenden Staats- und Gesellschaftswesens. „Was nutzt dem Arbeiter die bloße politische Freiheit, wenn er dabei hungrigt, wenn seine Lage sich nicht verbessert, er vor wie nach der vom Capitalisten ausgebeutete Mensch ist, der sein ganzes Leben sich plagen und abrackern muß, um schließlich elend zu Grunde zu gehen?“ Und ferner sagt er über die gesellschaftliche Production im Zukunftstaat: „Die Vortheile verbesserter Production haben Alle, den Gewinn vermehrter Production genießen Alle. Mehr Genuss, weniger Arbeit! Aber arbeiten müssen Alle, Faullenzer giebt es nicht; — lebhafte werden im socialistischen Staate dieselbe Rolle spielen, wie die Diebe im

heutigen; — allgemeine Verachtung ist ihr Loos. In der heutigen Gesellschaft ist es umgekehrt: Wer am meisten faulnzt, weil er sich von der Arbeit Anderer lässt, ist am angesehensten; wer die Profitmacher am besten los hat, wird bewundert, und der Mann, der vom frühesten Morgen bis in die späte Nacht — oft mit Frau und Kind — sich abrackern muß, verdient kaum so viel, um Tag für Tag das nackte Leben zu fristen. Es ist himmelschreiend!“ Die Güter der Erde seien reichlich genug, um Jeden glücklich und zufrieden zu machen.

Es soll also keine Reichen und keine Dardben mehr geben. Die paar Gulden, die auf Jeden kämen, wenn das „Capital“ getheilt würde, könnten doch aber keinerlei Garantie für Herbeführung und Erhaltung eines solchen Zustandes geben. Eine „annähernd gleichmäßige Vertheilung der Güter“ verlangte auch Johann Jakob, als er die „Gleichheit alles dessen, was Menschenangehörig trägt“, proklamirte. Eigentlich hätte er noch hinzufügen können, es sollte auch keine Kranken und Gesunden mehr geben. Die Armut ist auch eine Krankheit, sie röhrt her von gelähmter Produktionskraft oder ungenügender Sparfähigkeit. Ein ultramontaner Arbeiterökonom sagte: „Die ungehinderte Selbstthätigkeit der individuellen Kräfte würde nur dann genügen, wenn Alle gleich stark, gleich gescheit, gleich gebilbet und gleich reich wären.“

Man nehme doch einmal aber an, es gelänge den socialistischen Heilkünstlern, die Menschen alle gleich zu machen. Die Menschheit würde das langweiligste Gesindel bilden, das man sich nur vorstellen kann. Gleich arm! Vorläufig weisen die Steuertabellen des preußischen Staates nach, daß die Zahl der zum Mittelstande zu rechnenden Personen beständig in erfreulichem Wachsthum begriffen ist. Sehr langsam wächst die Gesellschaft der Funzig- und Hundertausend-Thaler-männer, die Zahl der Millionäre zeigt Stagnation. Im Gesamtbild der Lebensstellungen zeigt sich die größte Abwechslung. Der ganze Zukunftstaat macht dagegen doch lediglich den Eindruck eines National-Zuchthauses.

Die Socialdemokraten vermissen eine positive Ordnung des Erwerbslebens, sie verlangen die staatliche Organisation desselben. Mehr positive Ordnung, als ihnen in ihrer Schulweisheit träumt, giebt es im freien Volkshaushalt; mehr Zwang sogar, als sie, deren Ideal doch der social-politische Zwangsstaat ist, dulden mögen. Hundert Liebhabereien und Unannehmlichkeiten zu entsagen, eben so viele Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten zu überwinden, fühlt sich der Mensch gezwungen um des lieben Lebens, um des Unterhaltes willen. Wir verlassen Heimat und Freunde, um bessere Erwerbsquellen aufzufinden; kürzen die Stunden der Ruhe und Erholung zur Realisierung lohnender Geschäfte; ja, wir begeben uns sogar in außergewöhnliche Gefahren, wenn wir einen außergewöhnlichen Gewinn erjagen wollen. Wer all' dies an-

scheinend planlose, doch von einem inneren Zwang beherrschte Wogen und Drägen objectiv betrachtet und sieht, wie die gesammten Anstrengungen zur Gütererzeugung harmonisch in einander greifen, wer sieht, wie jeder redlichen Arbeit ihr Lohn wird, der wird sich doch schließlich sagen müssen, daß im Wirtschaftsleben des Volkes große Grundgesetze obwalten; mächtiger und gewaltiger, zugleich einfacher und sachgemäßer, wie jede menschliche Weisheit sie zu erlernen vermöchte. Diese Naturgesetze auf einmal zu ändern, ist unmöglich. Die Dinge richten sich nicht nach uns, wir müssen uns nach ihnen richten.

+ [Der Erkönig von Hannover +.] Gestern früh um 6 Uhr starb in Paris der vormalige König von Hannover, Georg V., unter den deposierten Fürsten der hartnäckigste Gegner der neuen Staatsordnung in Deutschland, gegen die er im Geheimen und offen fortwährend konspirierte. Ein ungeheures Vermögen hat er dazu aufgewandt, um Preußen im Auslande Feinde zu erwerben, und wahrlich, es war nicht seine Schuld, wenn der gemeinsame Ansturm der Welfen, Particularisten und Ultramontanen, die er insgesamt gegen das Deutsche Reich ins Treffen brachte, zum Heile des Vaterlandes stets glücklich zurückgeschlagen wurde.

Georg V., Friedrich Alexander Carl Ernst August, geb. 27. Mai 1819, König von Hannover, königl. Prinz von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc., succidierte seinem Vater, dem König Ernst August am 18. November 1851 in der Regierung des ehemaligen Königreichs Hannover. Der König Georg war stets den Einheitsbestrebungen der deutschen Nation abgeneigt. So wurde z. B. 1860 die Teilnahme an dem Deutschen Nationalverein von der hannov. Regierung als Hochverrat und Bruch des Huldigungsteides bezeichnet und alle Behörden erhielten die Weisung, den Mitgliedern dererlei Gunst anzudecken zu lassen. Am 12. October 1861 wurden die Sammlungen für die deutsche Flotte verboten und dergleichen antinationale Maßregeln mehr. Der Krieg von 1866 traf Georg V. auf Seiten Österreichs, und die unglaubliche Schlacht von Langensalza machte seiner Regierung ein Ende. Da er auch nach seiner Deposition sein Vermögen zur Anwerbung einer Legion etc. benützte, wurde dasselbe durch die preußische Regierung mit Beschlag belegt. Georg V. war persönlich ein begabter Fürst, namentlich zeigte er viel Talent für Musik. Er war vermählt mit der Prinzessin Marie von Sachsen-Altenburg und hinterließ drei Kinder, den Erbprinzen Ernst August, geboren 21. September 1845, f. f. österreichischer Oberst à la suite des Infanterie-Regiments Nr. 42, „König von Hannover“, und zwei Töchter, die Prinzessinnen Friederike, geboren 9. Januar 1848, und Marie, geboren 3. December 1849.

[Aus dem Consenssaal.] Der „B. B.-C.“ erzählt: Da, wo das Gesessen der Berathungstisch offen ist, steht ein anderer, etwa 18 Fuß langer, grüner Tisch. Auf ihm werden die mächtigen Landarten niedergelegt, .... die täglich bei diesem Consenssaal nicht fehlen dürfen. „Der Secr. Tisch?“ meinte einer von uns Journalisten fragend zu unserem diplomatischen Führer gewandt, auf den Tisch deutend, auf dem die große Karte der Türkei ausgedreht werden soll. „Qui vivra, verrá“....

Mit zwei Beilagen.

(Fortsetzung.) an den Consellpräsidenten zu richten. Das wirklich eine Wiederholung des 16. Mai oder ein ähnlicher coup-de-tête in Aussicht stände, ist unter den jetzigen Umständen schwer zu glauben. Aber die Feinde der Republik, die zugleich die Feinde ihres Vaterlandes sind, können sich nicht über den Erfolg der Weltausstellung und über den noch größeren Erfolg, den die republikanische Politik in Europa findet, trösten. Sie suchen die zerstörten Fäden der monarchischen Verschwörung wieder anzuknüpfen; nicht als ob sie im Ernst ein glücklicheres Resultat als im vorigen Jahre erwarten, sondern blos, um das Publikum und die Fremden zu beunruhigen und zu erschrecken. Die Herren werden wahrscheinlich ihre Rechnung ohne den Wirth gemacht haben, und Dank den Indiscretions der clericalen und royalistischen Blätter, wird die Kammer nicht auseinandergehen, ohne Seitens der Regierung eine Erklärung erhalten zu haben, welche die Gemüther beruhigen wird. Was den Marschall angeht, so dürfte er kaum schon vergessen haben, wie viel Verdruss, Sorgen und Demütigungen die „Conservativen“, seine guten Freunde von ehemals, ihm bereitet haben; er dürfte kaum Lust verspüren, seine eigene Stellung und mit ihr das Ansehen und die Würde Frankreichs aufs Neue zu gefährden. — Die Pfingstfreude der Pariser ist durch das ausnehmend schlechte Wetter gestört worden. Von Stunde zu Stunde fiel ein heftiger Gewitterregen und in den Zwischenräumen war die Lust erdrückend schwül. Gleichwohl übersieg der Besuch der Ausstellung alles bisher Dagewesene. Gestern, am Pfingstsonntag, wurden 138.000 Personen, darunter 122.000 zahlende, eingelassen. In dem Palais auf dem Marsfeld herrschte eine wahre Backofentemperatur, und des Regens wegen konnte man sich im Freien nicht aufhalten. Der Prinz von Wales, der am Sonntag wieder hier eingetroffen ist, gehört zu den unermüdlichsten Besuchern der Ausstellung, er ist gestern und heut dort erschienen. Heute Nachmittag ließ sich auch der Shah von Persien zum ersten Male sehen. Er kam in der letzten Nacht hier an und empfing Mittags 1 Uhr den Besuch Mac Mahon's. Nasr-Eddin hat für die Pariser noch immer etwas von dem Netz der exotischen Persönlichkeit bewahrt, so große Enttäuschung auch sein Aufenthalt im Jahre 1873 hinterließ. Er wohnt im Grand-Hotel. — Dufaure hat für den gestern abgereisten Waddington die klerikalische Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernommen. Der Kriegsminister Borel ist nach Chalons abgereist, um den dortigen Schießübungen beizuwohnen. — Im Elysée findet heute ein Diner zu Ehren der Erzherzöge Rainer und Ludwig Victor statt. — Es ist Thatsache, daß die hiesige Polizei bei mehreren Deutschen Haussuchungen vorgenommen hat, die mit dem Nobiling'schen Attentat in Verbindung stehen. Das Resultat derselben ist unbekannt, doch ist, wie es heißt, keine Verhaftung vorgenommen worden. — Man thieilt uns die Liste der Preise für die Abteilung der musikalischen Instrumente in der Ausstellung mit. Ihre Mitglieder sind: für England John Steiner, für Amerika Fred. Pohl, für Spanien Trentos, für Österreich Hanslick und List, für die Schweiz Oscar Heyn, Musiktector, für Belgien Gewhart, Musiktector, für Frankreich Lecouppay, Professor des Conservatoriums, Chouquet, Secretär des Conservatoriums, Armingaud, Violinist, Neber, Akademiker, Veroitte, Director der Matrices, Galley, Geigenlehrer und Chibonville Lamy.

Paris, 11. Juni. [Die antirepublikanischen Agitationen. — Die Diplomaten des Congresses. — Bismarck und Russland.] Die „Débats“ halten die vorgestern und gestern umlaufenen Gerüchte für unbegründet und bemerken: „Wir legen keine Bedeutung auf diese verzweifelten Bewegungen einer Partei, welche bemüht ist, um jeden Preis die öffentliche Ruhe zu stören, durch alle möglichen Mittel die Ausstellungssäfe zu trüben und aus allen großen Ereignissen, welche Europa in Aufrégung versetzen, Vorherr zu ziehen, um die friedliche Entwicklung der nationalen Glorifizierungen zu vereiteln. Wir wundern uns nicht, wenn das Unglück, von welchem Deutschland betroffen worden, den gesunkenen Muth der Monarchisten wieder aufgerichtet hat, wenn die europäische Reaction, welche sie nach dem Attentat Noblings erwarten, ihnen geeignet scheint, ihren persönlichen Ehrenges und ihre persönlichen Proiecte zu begünstigen. Wir gewöhnen uns mehr und mehr an diesen fast absoluten Mangel an Patriotismus, welcher uns die Geschichte der Emigranten hat machen. Aber wenn diese antinationale Polemik uns eine lebhafte Entzückung einflößt, so kann sie uns nicht im Geringsten erfreuen. Die parlamentarischen Ferien werden in derselben Ruhe verlaufen, deren das Land sich seit dem 14. October erfreut. In innern und äußern Frieden wird Frankreich seine Ausstellung zu Ende führen und mit Ehren an der großen diplomatischen Zusammenkunft in Berlin teilnehmen.“ Der „Défense“, deren dunkle Prophezezung, wie man weiß, den ganzen Kärm der beiden letzten Tage hervorgerufen hat, sucht sich übrigens jetzt selber zu rechtfertigen. Sie sagt, daß sie mit ihrem wichtigen, ganz Frankreich erfüllenden Ereignis blos ans die Erneuerung des Senats habe anspielen wollen. Die Wahrheit ist offenbar, daß die „Défense“, als sie ihr Orakel vernehmen ließ, noch an den Sieg ihrer Freunde im Senat glaubte und auf ein Misstrauensvotum für Dufaure rechnete, eine Hoffnung, die, wie man weiß, zu Shanden geworden ist. Die „Débats“ widmen fast ihre ganze heutige Nummer einer Biographie und Charakteristik der Diplomaten, welche an dem Congrès Thell nehmen werden. Sie beginnen mit dem Fürsten Bismarck, von dem sie unter Anderem sagen: „Viele Leute haben von Anfang an von Bismarck den Antrieb zum Kriege zugeschrieben und haben seine Haltung durch machiavellistische Absichten zu erklären gesucht. Wir waren niemals ihrer Meinung. Die Verpflichtungen, welche Bismarck in den Jahren 1864, 1866 und 1870 gegen Russland eingegangen, haben ihn zu einer vielleicht übertriebenen Zurückhaltung und allzu gefälligen Neutralität veranlaßt. Aber sie haben ihn niemals vermocht, die großen und europäischen Interessen vollkommen zu vergessen... Dank ihm ist die Zusammenkunft des Congresses möglich geworden. Man kann darauf rechnen, daß seine fruchtbare Einbildungskraft auch die Mittel finden wird, ihn zum glücklichen Ziele zu führen. Das wird ihm um so leichter werden, als er deshalb seine fundamentale Freundschaft für Russland nicht auf's Spiel zu setzen braucht. Wenn Bismarck diesmal Russland einen wahren Dienst geleistet, indem er ihm den Krieg erleichterte, so wird er ihm heute einen womöglich noch größeren Dienst leisten, indem er ihm die Mittel giebt, den Frieden wieder herzustellen.“

## Provinzial-Berichtung.

Breslau, 13. Juni. [Tagesbericht.]

H. [Stadtverordneten-Versammlung.] Unter den Mittheilungen, denen die heut unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzenden Dr. Lewald stattgehabte Sitzung eröffnet wurde, sind folgende hervorzuheben: Magistrat heilt der Versammlung mit, daß der in Schlesien geborene in Charlottenburg wohnende Bildhauer Pfuhl der Stadt Breslau das lebensgroße Modell des von ihm gefertigten Marmorstandbildes des Frei-

berrn v. Stein in Nassau als Geschenk angeboten habe. Magistrat hat das in liebenswürdigster Weise offerierte Geschenk angenommen und es im obern Rathäuschen dem Rat aufstellen lassen. Die Kosten des Postaments, des Transports und der Aufstellung der Statue wird Magistrat aus den ihm für die Unterhaltung des Raumes zur Verfügung stehenden laufenden Etatsmitteln bestreiten.

Von Herrn Pfuhl sei ein anerkanntes Schreiben bezüglich der Annahme des Geschenks eingegangen. Die Versammlung beschließt, den Vorstand zu beauftragen, dem Geschenkgeber den Dank der Bürgerschaft durch ein Schreiben zum Ausdruck zu bringen.

Magistrat heilt mit, daß er nach Lage der Sache sich nicht veranlaßt fühlen könne, dem Antrage des Bezirksvereins füllig der Verbindungsbaun, betreffend die Heranziehung der Geistlichen und Lehrer zu den Schulsozietaats-Beitragslasten irgend welche Folge zu geben.

Bei dem Eintritt in die Tagesordnung gelangten folgende Gegenstände zur Beratung und Beschlusssfassung:

Druckproben. Die Versammlung beschloß am 28. Juni 1877, den Magistrat zu ersuchen, jede Zweigleitung, gleichviel ob städtische oder Privatleitung, nach vor Anschluß an das städtische Wasserwerk im Beisein eines Beamten mit einem Druck von 12 Atmosphären zu prüfen. Magistrat gibt der Versammlung Nachricht über die Ausführung dieses Beschlusses und die Baucommission empfiehlt, sich mit den Maßnahmen des Magistrats einverstanden zu erklären, was seitens der Versammlung geschieht.

Katholische Parochialschulen. Nachdem die Parochialschulen zu St. Mauritius, St. Michael und St. Nikolai seitens der Regierung aufgehoben worden, sind die Lehrer derselben als städtische Lehrer an städtischen katholischen Elementarschulen angestellt worden, womit sich die Versammlung einverstanden erklärt.

Auflistung eines Bissouirs. Der Magistrat beantragt, die Versammlung solle sich damit einverstanden erklären, daß das auf dem Christophsplatz aufgestellte gewesene öffentliche Bissoir auf dem Fleischmarktplateau der Zwingerstraße aufgestellt werde und die Kosten der Anschaffung mit 523,30 M. die der Aufstellung mit 400 M. aus dem Markt- und Baudenfonds entnommen werden. Die Bau-Commission empfiehlt die Anschaffung des qu. Bissours auf dem Fleischmarktplateau an der Zwingerstraße zu genehmigen; die Kosten mit 923 M. 30 Pf. jedoch nicht aus dem Markt- und Baudenfonds, sondern aus dem Haupt-Extraordinarium pro 1878/79 zu bewilligen.

Stadt. Dr. Sieuer beantragt die Vorlage pure abzulehnen und begründet seinen Antrag sowohl durch sachliche Bedenken, als auch durch einzelne, bei den Commissionen beschlossene Incorrectheiten.

Stadt. Hainauer erklärt sich ganz entschieden gegen die Aufstellung des Bissours auf dem Platz an der Promenade.

Stadt. Ander sohn empfiehlt die Annahme der Vorlage. Bei der Abstimmung beschließt die Versammlung nach dem Antrage Sieuer, die Aufstellung des Bissours auf dem Platz an der Promenade und den Magistrat zu ersuchen, einen anderen Platz dafür in Vorschlag zu bringen.

Getreidehalle. Die Versammlung hatte am 13. December 1877 beschlossen, daß auf dem Christophsplatz aus Communalmitteln eine Getreide-Markthalle erbaut und daß die Kostensumme von 72,500 M. aus dem Marktfonds genommen werde. Dieser Beschluss war jedoch an die Bedingung geknüpft, daß das Bauproject dahin modifiziert werde, daß die Markthalle einer späteren Durchführung der Junfernstraße nach dem Christophsplatz nicht im Wege siehe. Magistrat hat dementsprechend das Project umarbeiten lassen und legt dasselbe nun aufs Neue der Versammlung zur Genehmigung vor. Die vereinigten Commissionen empfiehlt das abgeänderte Project zu genehmigen, aber nur unter der Bedingung, daß der Kostenanschlag von 72,500 M. bei der auszuschreibenden General-Entreprise nicht überschritten werde.

Stadt. Siemon beantragt unter ausführlicher Begründung die Vorlage überhaupt zurückzuweisen und den Beschluss über die Errbauung einer Getreidehalle bis nach der Errichtung von Lagerhäusern zu vertagen.

Oberbürgermeister von Jordenbeck bittet, bei dem früher gefassten Beschlusse stehen zu bleiben und in Consequenz desselben der Vorlage zuzustimmen. Er weist auf die eigentlichen Bedürfnisse hin, denen die Getreidehalle dienen soll. Die Frage der Lagerhäuser sei auf einem ganz anderen Gebiete — bei der Errichtung des Hafens — zu lösen. Er hofft, die Hafenfrage in nächster Zukunft ihrer definitiven Lösung näher geführt zu sein.

Stadt. R. Sturm beantragt, den Magistrat zu ersuchen, die Beiträge, welche seitens einzelner Interessenten für die Getreidehalle zugesagt worden, vor dem Bau der Halle zu sichern.

Kämmerer von Osselsheim betont, daß die Interessenten auch später bei ihrem Öfferten stehen bleiben werden und bittet diese beschränkende Bestimmung nicht anzunehmen.

Stadt. Giebora empfiehlt mit warmen Worten das vorliegende Projekt. Die Errichtung von Lagerhäusern werde den Bau der Getreidehalle durchaus nicht erübrigen.

Stadt. Kopisch als Referent bemerkt noch, daß von einem Herrn Eugen Heymann das Wiesner'sche Local auf der Nicolstrasse für Zwecke des Getreidemarktes angeboten worden, aber in der Commission nicht berücksichtigt worden sei. Bei der Abstimmung beschließt die Versammlung unter Ablehnung des Antrages Sturm die Annahme der Vorlage nach dem Commissionsbeschuße.

Fleischbeschauer auf dem städtischen Schlachthofe. Zur Herstellung einer geregelten Fleischbeschau auf dem hiesigen städtischen Schlachthofe soll ein Thierarzt angestellt werden. Magistrat legt den Entwurf zur Instruction für denselben, so wie eine hierdurch notwendig gewordene Instruction für die Schlachthofmeister mit dem Erüben um Zustimmung vor. Die Hopitals- und Waisenhaus-Commission empfiehlt, beides mit einigen Modifikationen zu genehmigen, der Instruction noch einen neuen Paragraphen hinzuzufügen, nach welchem von dem Thierarzt alle drei Monate über die Resultate der Fleischbeschau Bericht zu erstatten ist und den Magistrat zu ersuchen, diese Berichte der Versammlung zur Kenntnahme vorzulegen, so wie ihm zur Erwähnung zu geben, ob es sich nicht empfehlen würde, daß auf hiesigen öffentlichen Märkten zum Verkauf gestellte Fleisch einer regelmäßigen Fleischbeschau zu unterwerfen.

Die Versammlung genehmigt ohne Diskussion die Commissionsbeschlüsse.

Königliches Gymnasium und Kunsthalle. Die Versammlung erlaubt den Magistrat, bei Beratung des Staats für das Unterrichtswesen pro 1876—77 um Mittheilung:

1) wie weit die Verhandlungen mit der königl. Regierung über ein von derselben zu errichtendes neues Gymnasium gediehen sind?

2) ob der Magistrat der Ansicht ist, daß die Staatsregierung durch bloße zweimalige Umdandlung der ehemaligen Kunsthandwerkschule in eine Kunst- und Kunstgewerbe-Schule resp. Kunsthalle ihren Versprechungen und Verpflichtungen nachgekommen ist, und welche Schritte derselbe in dieser Angelegenheit zu unternehmen beabsichtigt?

Ad 1 erwirkt Magistrat, daß die mit den Regierungsbehörden wegen Errichtung eines neuen, vom Staate zu erhaltenden Gymnasiums gepflegten Verhandlungen zu einem positiven Resultat bis jetzt noch nicht geführt haben, daß aber neue Momente eingetreten sind, welche voraus siehtlich zur Förderung der Sache dienen werden.

Ad 2 hat Magistrat an den derzeitigen Director der Kunst- und Kunstmuseum-Schule, Baurath Lüdecke, die Anfrage gerichtet, ob und in wiefern die von ihm geleitete Anstalt bestimmt sei, zu einer solchen höheren Kunstanstalt, deren Errichtung der Stadt Breslau seiner Zeit verheißen worden, einzutreten zu werden, event. was ihm über die Absichten der Staatsbehörden und über den Fortgang der Angelegenheit bekannt sei.

Baurath Lüdecke hat ausführliche Auskunft ertheilt und aus Grund seiner Sachdarstellung ist Magistrat mit der Schuldeputation darin einverstanden, daß der mitgetheilte allgemeine Plan der Kunsthalle d. i. von der Staatsregierung früher gegebenen Verpflichtungen entspricht und die an eine höhere Kunsthalle zu stellenden Forderungen erfüllt.

Nach einem sehr eingehenden Referat des Stadt. Hainauer gibt Stadt. Dr. Pannes nochmals einen historischen Rückblick über die ganze, einen für die Stadt so wenig günstigen Verlauf nehmende Angelegenheit und kommt zu dem Schlusse, daß der Staat seine der Stadt gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nicht eingelöst habe. Redner giebt anheim zu erwägen, ob die Regierung nicht weniger & zu erfüllen sei, die früher von ihr für die Kunsthalle erwartete Summe zum Bau eines Polytechnicums zu verwerben. Er beantragt schließlich, unter Kenntnissnahme der Vorlage den Magistrat zu ersuchen, seine Bemühungen dafür einzutreten zu lassen, um die Errichtung eines Polytechnicums, von der Staatsregierung zu erwirken.

Oberbürgermeister v. Jordenbeck erörtert vom Standpunkte des Magistrats den Sachverhalt, bezüglich deßen Redner auf seinem früher eingenommenen Standpunkte steht. Die weitere Entwicklung der jetzt vorhandenen Kunsthalle und deren weiter Ausbau werde Magistrat nicht

aus dem Auge verlieren. Was die Errichtung eines Polytechnicums anlangt, so seien dafür allerdings Breslau und Königsberg in allgemeine Erwägung gezogen worden. Obre erhebliche Opfer Seitens der Stadt werde sich dieselbe jedoch nicht erreichen lassen.

Stadt. Dr. Sieuer beantragt die Annahme einer Resolution, daß gehend, daß durch die Errichtung der sogenannten Königlichen Kunsthalle das Versprechen, welches der Stadt in der Althöchsten Cabineisordre vom 21. October 1868 gegeben worden ist, nicht als erfüllt zu betrachten sei.

Bei der Abstimmung tritt die Versammlung dem Antrage Sieuer bei und nimmt ebenso den Antrag Pannes an. Damit ist die Vorlage erledigt. — Schluß der öffentlichen Sitzung 6½ Uhr.

[In Bezug auf die Fleischbeschauer] hat das hiesige Bezirks-Verwaltungsgericht eine Entscheidung von den weitgehenden Fällen getroffen. Nach der uns gewordenen Mittheilung hatte ein hiesiger Fleischbeschauer festgestellt, daß ein Schwein, was er auf Trippen unterfuhr sollte, nicht untersucht, auch nicht einmal gesehen, trotzdem aber die vorgeschriebene Bescheinigung in das Fleischbuch des Eigentümers des Schweins eingetragen. Derselbe Fleischbeschauer hatte, wie erwiesen war, in verschiedenen Fällen das Fleisch von Schweinen nicht selbst entnommen, sondern nur augensichtlich erhalten, nichtsdestoweniger aber die Gesundheit der Schweine bestimmt. Auf Grund dieser Unzulässigkeiten, welche die gerichtliche Bestrafung des betreffenden Fleischbeschauers zur Folge hatten, beantragte das Königliche Polizei-Präsidium klagend die Entziehung der Fleischbeschauer ertheilten Bestallung, da letzter leider nicht auf Widerruf angestellt war, in welchem Falle die Polizeibehörde die Bestallung einfach hätte zurücknehmen können. Das Bezirks-Verwaltungsgericht hat, obwohl die im hohen Grade bewiesene Unzulässigkeit erwiesen und erkannt wurde, wegen Mangel einschlägiger gesetzlicher Bestimmungen die Klage abweisen müssen. Die hauptsächlichen Gründe des in dieser Sache ergangenen Erkenntnisses sind in folgenden zusammengefaßt:

Was zunächst die rechtliche Stellung der beeideten Fleischbeschauer im Allgemeinen anlangt, so könnte fraglich erscheinen, ob dieselben als Gewerbetreibende oder als angestellte Gehilfen der Polizei anzusehen sind. Von Beantwortung dieser Frage wäre die Bejahung oder Verneinung der Zuständigkeit des Reichshofes abhängig. Der Reichshof habe sich für diejenige Aussöfung entschieden, nach welcher die Fleischbeschauer den Gewerbetreibenden angehören (dieselbe Aussöfung vertritt das Ober-Verwaltungsgericht, während das Obertribunal nach einem Erkenntnis vom 6. Febr. 1877 die Fleischbeschauer zu den Beamten rechnet) und sei unter Annahme seiner Zuständigkeit in die sachliche Prüfung eingetreten, welche indeß zur Abweisung des Klägers führe. — Nach § 36 der Reichs-Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 darf das Gewerbe der Schauer, zu welchen die Fleischbeschauer zu rechnen seien, zwar frei betrieben werden, es blieben die verfassungsmäßig dazu befugten Behörden jedoch auch ferner berechtigt, derartige Gewerbetreibende auf die Beobachtung der bestehenden Vorprüften zu beobachten und öffentlich anzustellen. Diese bestehenden Vorprüften seien solche, welche zur Zeit der betreffenden Bestallung in Kraft gewesen. Hierzu wäre Kläger, als die hierzu befugte Behörde unstrittig berechtigt, in Gemäßheit des Gesetzes Vorschriften in Bezug auf den Gewerbetrieb verstellten Fleischbeschauer zu erlösen und darin von der Befolgung derselben den Besitz der Bestallung abhängig zu machen. An der Hand dieser Vorprüften wäre dann das Verhalten des Verkäufers zu prüfen und für den Fall, daß Kläger die Unrichtigkeit der Nachweise, auf Grund deren die Bestallung dem Verkäufer ertheilt worden, dargethan, oder aber wenn aus Handlungen oder Unterlassungen des Verkäufers der Mangel derjenigen Eigenchaften klar erwölle, welche bei der Erteilung der Bestallung nach der Vorschrift der Gewerbeordnung vorausgesetzt werden müthen, dem Verkäufer mittels Entscheidung die Bestallung zu entziehen gewesen. — Derartige nach der Gewerbeordnung zulässige Vorschriften seien jedoch in Bezug auf die Fleischbeschauer nicht ergangen, und feble es noch an den auf vorliegenden Fall in Anwendung zu bringenden gesetzlichen Bestimmungen. Denn die Polizeiverordnung für den Regierungsbezirk Breslau vom 1. März 1875, insofern sie sich nicht gegen diejenigen weiset, welche ein Schwein schlachten oder schlachten lassen, bestimme, daß Personen, welche ein Mangel eines Fleischbeschauers zu erhalten wünschen, ohne anderweitig die erforderliche technische Qualification erworben zu haben, sich einer Prüfung unterziehen müssen, von deren Absolvierung ihre Bestallung und amliche Verpflichtung als Fleischbeschauer abhängig sei, sowie daß die bestellten Fleischbeschauer die zu untersuchenden Fleischteile persönlich dem gesetzten Schweinen zu entnehmen und über den Befund ein urthelhaftes Zeugnis auszustellen haben. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften seien mit einer Geldstrafe von 1 bis 30 Mark event. verhältnismäßiger Haft bedroht. Der Verordnung sei ein Prüfungsreglement und eine technische Anweisung für die mikroskopische Untersuchung angefügt. An keiner Stelle seien sich Bestimmungen darüber, welche Eigenschaften, abgesehen von der technischen, durch Prüfung festgestellten Qualification, als Bedingungen der Bestallung als Fleischbeschauer anzusehen seien, deren nachgewiesener Mangel ihre Entziehung rechtfertigen würde. Auch die Bestallungs-Urkunde ergänze nicht diese Lücke in der Verordnung, da, wie Kläger selbst erklärt habe, unter dem dafelbst gebrauchten Ausdruck „Qualification“ nichts Anderes, als die technische Fertigkeit zu verstecken sei. Eine Unrichtigkeit der Nachweise in technischer Beziehung aber, auf Grund deren allein Verkäufer bestellt worden, sei nicht nachgewiesen. — Wenngleich nun nicht verkannt werden könne, daß das sanitätspolizeiliche Interesse, wie die gewissenhaftige Ausübung der Fleischbeschau so auch die Entzüchtung der Bestallung in den Fällen erhebt, in welchen ein Fleischbeschauer die bei seiner Bestallung stillschweigend vorausgesetzte Zuverlässigkeit nicht bewiesen hat, so liege es doch in Anbetracht des Mangels der jene Voraussetzung zu bestimmt. Ausdruck bringenden gesetzlichen oder in Gemäßheit des Gesetzes im Wege der Verordnung getroffenen Bestimmungen außerhalb des Bereiches der Rechtsprechung diesem Nebelstande abzuheben.

Hierach darf also auf Grund der zur Zeit geltenden Bestimmungen ein gewissenhafter Fleischbeschauer im diezeitigen Regierungsbezirk unbeschadet weiter funktionieren. Er hat höchstens nur seine gerichtliche Bestrafung zu genötigen, wenn ihm



10,010 Kigr. über die Oberschlesische Bahn, 9860 Kigr. über die Posener Bahn, im Ganzen 49,700 Kilogr.

In derselben Zeit wurden von Breslau versandt:

Weizen: 10,200 Kigr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 30,270 Kigr. auf der Freiburger Bahn, 6525 Kigr. nach der Oberschlesischen Bahn, 15,050 Kigr. nach resp. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 62,045 Kilogramm.

Roggen: 20,200 Kigr. nach der Posener Bahn, 142,230 Kilogr. auf der Freiburger Bahn, 50,610 Kigr. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 213,940 Kilogr.

Gerste: 30,040 Kigr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 10,030 Kigr. auf der Freiburger Bahn, 5000 Kigr. nach der Mittelwalder Bahn, im Ganzen 45,070 Kilogr.

Hafer: 20,156 Kilogr. nach der Posener Bahn, 10,100 Kigr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 5100 Kilogr. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 40,600 Kilogr. auf der Freiburger Bahn, 18,575 Kigr. nach der Mittelwalder Bahn, im Ganzen 94,531 Kigr.

Mais: 15,162 Kilogr. nach der Posener Bahn, 19,880 Kilogr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, im Ganzen 35,042 Kilogr.

Oelfasaten: 5000 Kigr. nach der Mittelwalder Bahn.

Hülfensfrüchte: 10,100 Kilogr. nach der Posener Bahn, 10,010 Kigr. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 19,760 Kigr. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, im Ganzen 39,870 Kigr.

\* Frankenstein, 12. Juni. [Producenmarkt.] Der heutige Wochenmarkt nahm trotz des Entgegenkommens der Producenten und Zwischenhändler keinen erheblichen Aufschwung. Weizen, Roggen und Gerste notirten eine nicht bemerkenswerte Preissreduktion, während Hafer die vorwohnlende Notiz um 30 Pf. übertrug. Es wurden folgende Preise notirt: Weizen 19,50—19,40—21,20 M., Roggen 13,10—14—14,40 Mark, Gerste 13,20—13,50—14 M., Hafer 11,70—12,30—12,70 M., Ehrben 14 M., Kartoffeln 3,60 M., Heu 5 M., Stroh 3,50 M. pro 100 Kilogr. Butter notirte 1,70 Mark pro Kilogr. Das Schad-Ger wurde mit 1,80 Mark bezahlt. — Weiter: veränderlich, meist stürmisches, mit täglicher Neigung zum Regen.

Breslau, 13. Juni. [Hypothesen- und Grundstück-Bericht von Carl Friedländer.] Die Leblosigkeit im Hypotheken-Geschäft wurde in letzter Woche durch die Festtage verhindert, so daß nur wenig Umsätze erfolgten. Auch vor Johanni-Termin sind bisher wenige Abschlüsse zu Stande gekommen. Dagegen war das Grundstück-Geschäft in den letzten Tagen recht angeregt, und sind viele Besitzveränderungen, die allerdings größtentheils im Laufwege erfolgten, zu verzeichnen.

Thorn, 13. Juni. [Wollmarkt.] Das Geschäft ist andauernd lebhaft; % sind verkauft, keine Wollen erlangten bis 4, andere bis 1 Thlr. Preisüberschlag. Der Rest besteht nur aus mangelhaften Wollen. Die Käufer sind größtentheils Großhändler. (Tel. Priv.-Dep. d. Bresl. Sta.)

### Generalversammlungen.

[Schlesische Centralbank für Landwirtschaft und Handel in Liquor.] Ordentliche Generalversammlung am 29. Juni. (S. Ins.)

### Ausweise.

Paris, 13. Juni. [Bankausweis.] Baarvorrath Jun. 3,528,000, Vorleinen der Hauptbank und der Filialen Abn. 2,963,000, Gesamtsumme Vorleihen Abn. 1,116,000, Notenumlauf Jun. 26,456,000, Guthaben des Staatskassen Jun. 4,748,000, laufende Rechn. der Privaten Abn. 51,323,000, Schulde des Staatskassen —.

### Sprechsaal.

#### National-Erziehung.

Die Wissenschaft giebt ihr Licht in Strömen aus; der öffentliche Unterricht verzweigt sich durch alle Gemeinden unseres deutschen Staatskörpers; die Kirche lädt ihre Gläubertöchter in alle Hütten hinein verballen, und doch, neben dem Aufbau welcher Versall! Welcher Unsegen bei all den Segnungen! Giebt es kein Wort, wodurch diese unheimlichen Ercheinungen zu bannen wären, keine gewaltige Einwirkung auf das Seelenleben der Nation, die uns von den sündhaften Verirrungen unserer Zeit erlösen könnte? Der französische „Lemps“ hat ganz recht: „Lesen lehren ist noch nicht Alles. Unsere arbeitenden Klassen können Dank den Bemühungen des Staates unterrichteter werden, ohne darum auch liberaler, zur Theilnahme an der Regierung geeigneter oder gegen das Lauster besser gewappnet zu werden.“ Auch darin müssen wir dem französischen Blatte unabdingt zustimmen: Es genügt also nicht, Schulen zu gründen und Jedermann zugänglich zu machen; man muß auch darauf bedacht sein, in denselben einen gefundenen Sinn, ein gerades Urtheil zu pflegen und ihnen eine mächtige moralische Einwirkung abzugeben.

Geschieht das nicht? Wo wird in der Volksschule Nihilismus und Communismus gepredigt, das Urtheil verklärt und das Hauptziel alles Unterrichts, die moralische Einwirkung so unverantwortlich verwahrt? Ebenso unbedient wie dem deutschen Schulmeister die Siege der Nation angerechnet wurden, ebenso unverschuldet ist er an den Auswüchsen unserer Tage. Er erfüllt seine Pflicht mit pedantischer Nachdrücklichkeit der staatlichen Vorschriften, und mit Beitrübung muß er sehen, wie seine Ameisenarbeit zerwöhnt und zerwält wird durch die feindlichen Mächte unseres öffentlichen Volksebens. Aber eins ist möglich: Das ganze Wesen und die gegenwärtige Verfassung des allgemeinen Unterrichts kann an einem Gebrechen kranken.

Die „Bresl. Zeitung“ hat in ihrer allerersten Kundgebung über das Attentat am 2. Juni gerade diesen Punkt besonders hervorgehoben; sie fordert eine wirkliche „National-Erziehung“. Leider verwehrt es ihr der Raum, diese wunde Stelle genauer zu untersuchen und ihre Ansicht über die Reorganisation unseres Schulwesens des Weiteren zu erklären. In der Lehrerwelt wird man diesen nachdrücklichen Hinweis auf eine durchgreifende Umgestaltung unserer deutschen Schulverhältnisse sehr wohl verstanden haben. Was glaubt aber die große Mehrzahl von einer solden Forderung? Ach, wird man sagen, immer wieder die alte schwache Planke! Wir haben ja gesieben, wie weit wir damit kommen. Fehlt denn etwas an unserer National-Erziehung? Im Gegenteil, wir sind seit überzeugt, daß seit 10 Jahren der Patriotismus im starksten Grade seine Blüte findet. Zweimal wird alljährlich eine vaterländische Schulfeier mit eindrücklicher Festrede und begeistertem Gesange patriotischer Hymnen abgehalten. Bis zum Kleinsten führen hinab ist das „Heil Dir im Siegerkranz“ und „Die Wacht am Rhein“ bekannt. Und was wird am Sebantage an den meisten Orten nicht alles zur Erhöhung der Volksfreude gethan? Da lodern Feuer von den Bergen; mächtige Böllerläufe tönen über die Höpfe; unsere Jugend wird in Patriotismus gebadet. — Gleicherweise bestrebt sich der Geschichtsunterricht, die Thaten der neuen Zeit, die Wiedergeburt des Deutschen Reiches, die große Gestalt unseres heldenhaften Kaisers und seiner Umgebung in lebensvollen Bildern den empfänglichen Kindesleben darzustellen. Der Turnunterricht macht die Glieder gesundig, spannt die Kräfte und bewährt sich als ein unentbehrliches, volkstümliches Erziehungsmitel. Also, was kann noch mehr geschehen? Wie kann von einem Mangel an nationaler Erziehung gesprochen werden? Nein, diese Einimpfung des vaterländischen Gefühls schlägt uns nicht vor den schwarzen Blättern der socialdemagogischen Volksentartung! Gestänge statt der Schulen, Staatsanwälte statt der Lehrer, das Schwert statt der Ruhe! daran denkt man heutzutage beim Heranbrausen der Revolution! So meinen Tautende in kleinmäßiger Furcht und kurzäugiger Weitblickung. Sie verwechseln die rein patriotische mit der allgemeinen National-Erziehung. Und diese letztere ist allerdings, wenn auch nicht das einzige Wundermittel gegen die zerstörenden Tendenzen unserer Zeit, so doch eine gewaltige Barrikade gegen den Umsturz.

National-Erziehung ist die Erziehung zur Nation. Die bloße Leiblichkeit, das Reden derselben Sprache sind nur Voraussetzungen für den Sammelbegriff Nation. Die vierzig Millionen in den Listen der Volkszählung find nichts weiter als Einheiten; wo bleibt der gemeinschaftliche Herrscher? Wie die Sammlung aller Gewässer das Meer, so bildet die Sammlung aller geistigen und seelischen Kräfte das Volk, die Nation. Die Summe dieser Einzelkräfte ist die grohe nach außen und innen hin wirksame Volkskraft. Nur geht es bei diesem großen Volksleibe so zu, wie bei der einzelnen Person. Jeder besitzt neben höher entwickelten Geistesvermögen geringe, oft nur als bloße Triebe oder Instincte sich lundgebende. Während die erstenen sich im Denk- und Seelenleben betätigten, sind die letzteren gerade gut genug bei Errichtung größerer Functionen. So repräsentieren die mit Intelligenz und hervorragenden Geistesfähigkeiten ausgestatteten Köpfe die Vertreter der geistigen Arbeit; aus ihren Reihen geht der Gelehrte, Staatsmann, Künstler, Industrielle u. s. w. hervor. Andererseits recrutierte sich aus der erfahrungsmäßigen Überzahl der durchschnittlich und schwach Begabten das Gros der mecha-

nischen oder groben Handarbeiter. Das liegt in der Natur der Dinge; in anderer Weise ist die Theilung der Arbeit kaum denkbar, und nur im Schlaraffenlande geht es umgekehrt zu. Leider kommt dieses richtige Prinzip bei uns auch nur halb zur Geltung. Das edelste Produkt eines Landes, der Geist des Menschen, das unendlich mehr wert ist, als Eisen, Korn und Kartoffeln, und, in den Dienst des Staates gestellt, denselben zur Blüthe und höchsten Machstellung bringen muß, wird leider nur färglich gepflegt. Wir sehen die höheren der wissenschaftlichen Ausbildung dienenden Unterrichtsinstitute zur Hälfte von intellectuell sehr mittelmäßig Begabten besucht. Geld und ein langvolker Name giebt den Ausschlag. Wie lästig und bemüht sind diese Elemente für die rasche Fortschreitenden und wie problematisch ist der geistige Zuwachs, den der Staat hierbei gewinnt! Seine Schulen werden dadurch auf die Hälfte ihres Werthes zurückgesetzt und von einer wirklich nationalen Erziehung kann unter solchen Verhältnissen kaum die Rede sein. Der Schaden liegt offen zu Tage: Erstens geht dem Lande eine Fülle von Intelligenz verloren, die sich in den Kindern der Armut vorfindet, denen die Anwartschaft auf eine ihren Kräften entsprechende Ausbildung nicht geboten ist; zum Andern gelangt die liebe Mittelmäßigkeit durch den Besuch von Gymnasium, Real- und Bürgerschule in den Geist einer sehr bedenklichen Höhl- und Quintabildung, die sich späterhin durch Arroganz, Eitelkeit und Egoismus breit macht und vor den Kopf stößt. Hier liegt die Quelle des Stuhlhums, der Prohenshaftigkeit, der Modefucht und Oberflächlichkeit.

Jene in den Kreisen der Armut aufgestapelte Intelligenz aber, und das ist das Geschicklichste, bricht sich eine finstere Bahn der Agitation; sie marschiert an der Spitze des Proletariats uns predigt den Klassenkampf. Wie leicht ist da zu helfen? Es heißt: „Gebet dem Kaiser, was das Kaiser ist!“ aber der Staat kann sich auch nehmen, was das Seine ist. Er fordert das Blut seiner Kinder; er darf auch den Geist seiner Kinder beanspruchen, gleichviel ob er in der Hölle des Dürftigen oder Reichen verborgen ist. Seine wissenschaftlichen Institute macht er nur zur „Pflegestätte wahrer Geistesbildung“. Auch die Kinder der dürfsig Situierten zieht er heran, gewährt ihnen voll und ganz die Mittel zu ihrer Ausbildung und erzieht sich wertvolle Diener. Was wegen mangelhafter Fähigung nicht auf höhere Schulen gehört, wird unabsichtlich zugeschrieben. Zur Aufnahme in jene Institute werden strenge Prüfungen unter staatlicher Aufsicht veranstaltet. Die Bildung der Elementarschule ist die Grundlage; mit ihr sieht sich die höheren Schulen nicht mehr zu befähigen, wie sie noch fast durchgehends geschicht. Sie nehmen nur die geistig Bevorzugten in Empfang, die aus den elementaren Anstalten hervorgehen. Das Bestimmungskreis der Eltern oder ihrer Vertreter bleibt selbstverständlich unbewußt; doch ist wohl in diesem Falle kein einstiger Einwand zu befürchten. Und was die staatlichen Mittel betrifft, so wird sich auch hier Rath schaffen lassen; denn erstens ist der Procentsatz wirklicher Intelligenz kein allzuhoher und zweitens handelt es sich um eine Lebensfrage, um die Frage der Nationalerziehung“.

### Brieflasten der Redaktion.

E. F. hier: Wir haben Ihr Schreiben Herrn R. übermittelt.

### Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau)

Berlin, 13. Juni. Regierungsseitig ist befußt Bekämpfung der Socialdemokratie zunächst eine strengere Handhabung des Preszens in Aussicht genommen. Sodann ist allen Behörden eine eben solche Handhabung des Preszens und Vereinsgesetzes empfohlen worden. — Die siebente Criminaldeputation verurteilte heute wegen Majestätsbeleidigung eine Frau zu 4 Jahren, einen Mann zu 2 Jahren, einen anderen zu 1½ Jahren Gefängnis. — Die Einladungen zu den auf heute 2 Uhr anberaumten Gründungsitzung des Congresses ergingen gestern Abend 10 Uhr. Die heutige Sitzung dürfte durch Bestätigung des Präsidiums, Prüfung der Vollmachten der Congresmitglieder und Erledigung verschiedener Formalitäten in Anspruch genommen werden. (Wiederholt.)

Berlin, 13. Juni. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht an der Spitze des Blattes folgenden Erlass des Kronprinzen an den Reichskanzler vom 11. Juni: „Kaum der meuchlerischen Hand eines Verblendeten durch Gottes Gnade entgangen, hat des Kaisers und Königs Majestät, Mein Herr Vater, sich zum zweiten Male dem Geschoße eines im Versteck lauernden Verbrechers ausgesetzt gefunden. Wiederum hat Gottes gnädiger Schutz über dem theuren Hause gewahrt. Der Freveler hat zwar leider das Ziel nicht gefehlt, seinen verruchten Zweck aber nicht erreicht. Die Schmerzen, welche die zahlreichen Wunden verursachten, traten zurück gegen den tiefen Kummer, welcher das landesväterliche Herz des Kaisers und Königs in Folge der noch am Abend seines bisher so reich gesegneten Lebens ihm nicht ersparten Erfahrung bedrückte, daß im Deutschen Volke solche Unihaten in rascher Folge reisen könnten. Die herzliche Theilnahme indeß, welche alsbald die Einwohnerschaft der Residenz zu erkennen gab, die Entrüstung über das Verbrechen, verbunden mit der innigen Freude über die Errettung aus unmittelbarer Todesgefahr, die Segenswünsche, welche aus allen Kreisen und allen Theilen des deutschen Vaterlandes, ja von überall, wo im Auslande, selbst in fernsten Welttheilen Deutsche weilen, in Bremen, in sinniger Dichtung, in Telegrammen, Blumenpenden und ähnlichen Aufmerksamkeiten, durch ständische und kommunale Vertretungen, weltliche und kirchliche Corporationen, Behörden, Vereine und Versammlungen, durch Würdenträger und Privatpersonen, ohne Unterschied des Standes, Berufs, Alters und Geschlechtes in wärmlster Weise Ausdruck fanden, haben jeden Zweifel des kaiserlichen Herrn an die unveränderte Treue und Liebe des deutschen Volkes verbannt und dessen Überzeugung neu gestärkt, daß die verderbliche Saat, aus welcher Frevelthäfen entflohen, in dem Patriotismus der Nation keinen nachhaltigen Boden finden werde. Se. Majestät, der Kaiser und König, Mein Herr und Vater, ist überaus gerührt von den zahlreichen Beweisen lauterster Anhänglichkeit, welche sich noch täglich mehren, und hat Mir aufgetragen, Allen, nah und fern, welche ihm das volle Vertrauen in die Treue und die hingebende Gesinnung des Volks wieder gewährt, Allen, welche durch sympathische Kundgebungen auf seinem Schmerzenlager sein Herz mit wohlthuender Freude erfüllt haben, innigsten Dank zu sagen. Ich entledige Mich dieser Ueberhöchsten Weisung, indem Ich Sie veranlaße, Vorstehendes zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.“

Berlin, 13. Juni. Die Nachricht des „Tageblatt“ von einem am vorigen Dienstag auf einen berittenen Schutzmann gemachten meuchlerischen Angriff wird amtlicherseits dahin richtig gestellt, daß am Dienstag im „Neuen Hofjäger“ ein großes socialdemokratisches Fest gefeiert werden sollte. Die Socialdemokraten fanden das Local geschlossen und gingen nach der Jungfernhaide. Auf den zur Beobachtung der Ausläufer abgesetzten Schutzmann zu Fuß wurde aus einer Schonung hinter der Badeanstalt des zweiten Garde-Regiments ein Schuß abgefeuert; die Kugel schlug in das Ruder eines Kahn ein. Bei sofortiger Durchsuchung der Schonung wurde Niemand mehr vorgefunden.

Berlin, 13. Juni. Die Criminal-Devitation erledigte außer den bereits gemeldeten drei Majestätsbeleidigungen noch acht andere und erkannte in drei Fällen freisprechend, sprach aber bei den übrigen längere, teilweise mehrjährige Gefängnisstrafen aus.

Berlin, 13. Juni. Bald nach 1 Uhr begann die Auffahrt der Congresdelegirten vor dem Palais des Reichskanzlers. Die Delegirten benutzten den Postwagen und trugen sämlich die diplomatische Uniform ihres Heimatlandes. Etwa zwanzig Minuten nach 2 Uhr stieg über dem Dache des Reichskanzlerpalais die Flagge des Deutschen

Reiches in die Höhe, die Eröffnung des Congresses verkündend. Die Straße vor dem Palais ist für den gewöhnlichen Verkehr gesperrt. Für die Mitglieder und Arbeiter des Congresses ist ein besonderer Post- und Telegraphendienst eingerichtet; zu diesem Zwecke ist eine Anzahl von Post- und Telegraphenbeamten zur Verfügung gestellt.

Berlin, 13. Juni. Andrassy hatte im Laufe des Vormittags wiederholte Besprechungen mit Beaconsfield, der in seiner Wohnung (Kaiserhof) mit Salisbury zusammen arbeitete. Mittags hatte auch Schwaloff mit Salisbury und Andrassy eine längere Unterredung im Kaiserhof.

Berlin, 13. Juni. Der aus Brüssel hierher berufene türkische Gesandte Karatheodori fungirt nicht als Congres-Bevollmächtigter, sondern wird nur mit den türkischen Congres-Delegirten konferieren.

Wien, 13. Juni. Die meisten Journale begrüßen den Congres mit den besten Hoffnungen. Das „Fremdenblatt“ hofft schon deshalb eine Verständigung, weil die ausgeprägten Antagonisten, England und Russland, nach reislicher Erwägung aller Eventualitäten sich am Congresstische einfinden. Die „Presse“ betont, Russland werde sich jetzt gern mit solchen Concessionen begnügen, durch welche die Ehre und die Machtphäre Russlands von den belästigenden Bedingungen des Pariser Vertrages befreit und zugleich ein ansehnlicher Gebietszuwachs in Asien erlangt wird. — Die Wiener Polizei-Direction verbietet die Schauspielungen der Abbildungen Hödel's und Nobiling's. (Wiederholt.)

Wien, 13. Juni. Der Ausgleichsausschuß des Abgeordnetenhauses hat in heutiger Sitzung nach längerer Debatte die vom Herrenhaus beschlossene Fassung des Artikels 40 der Bankstatuten mit 21 gegen 13 Stimmen abgelehnt. — Schorschmidt meldete ein Minoritätsvotum an.

Wien, 13. Juni. Die „Polit. Corresp.“ meldet aus Bukarest: In Folge des letzten energischen Protestes Rumäniens gegen den russischen Vormarsch auf der Linie Pitesti ordnete General Drenteln den Rückzug der Russen auf 10 Kilometer Entfernung von den rumänischen Linien an. Dagegen ließ Drenteln die russischen Vorposten von Ploesti nach Filipesti bis zum Prahova-Flusse vorrücken, indem er jedoch zu sicherte, die Russen werden den Flus gegen Rimnicu hin nicht überstreiten.

Petersburg, 13. Juni. Bulletin vom 12. Juni, Morgens. Die Kaiserin brachte eine ruhige Nacht zu. Das Fieber ist unbedeutend, die Schwäche vermindert. Es sind örtliche Symptome der Besserung vorhanden. — Während der Abwesenheit Gorischakoffs vertritt denselben der wirkliche Staatskrieg Giers. — Die Herzogin von Edinburg ist gestern in Zarbst-Selo angelkommen. — Justizminister Pahlen verabschiedete sich gestern von seinen Beamten. Es heißt daß, derselbe durch den Staatssekretär Nabokoff ersetzt würde. (Wiederholt.)

Brüssel, 13. Juni. Der König beauftragte nach Annahme der Demission des Cabinets Frère-Orban mit der Neubildung des Cabinets.

Washington, 13. Juni. Der Präsident suchte gestern bei dem Congresse einen Credit für die Ablösung einer internationalen Conference über die Doppelwährung nach. In der betreffenden Mitteilung heißt es: Frankreich, Russland, Italien, Ungarn, Holland, die Schweiz und Griechenland nahmen die Einladung der Unionstragierung an; England, Deutschland, Österreich und Belgien gaben noch keine definitive Erklärung ab.

(Nach Schluss der Redaktion eingetroffen.)

Berlin, 13. Juni. Es verlautet, daß der heutigen Conferenz-Sitzung, welche lediglich Formalitäten (Präsidium und Bureau) gewidmet war, am Montag die erste eigenliche Arbeitssitzung folgen werde. Der längere Zwischenraum erscheint motiviert durch den Wunsch, durch gegenseitige Besprechungen und Vorverhandlungen der Bevollmächtigten der Einzelstaaten die Erledigung der Aufgaben des Congresses zu fördern. Von solchen Vorbesprechungen hatte bereits gestern nach der Abendstunde bei dem Reichskanzler eine bis in die Nacht währende zwischen Andrassy und Schwaloff stattgefunden.

### Börse - Depeschen.

Berlin, 13. (W. L. B.) [Schluß-Course.] Fest.  
Erste Depesche. 2 Uhr 35 Min.  

Cours vom	13.	12.	Cours vom	13.	12.
Desterr. Credit-Actionen	408	50	401	172	30
Desterr. Staatsbahn	451	—			

Berlin, 13. Juni. (B. L. B.)	<b>Schluss-Bericht.</b>	(W. L. B.) Paris, 13. Juni. [Produktionenmarkt] (Anfangsbericht)	Hessische —, Bergisch-Märkische —, Köln-Mindener —, Neueste Russen 82. Siemlied fest.
Cours vom 13. 12.	Cours vom 13. 12.	Mehl matt, per Juni 66, 75, per Juli 66, 50, per Juli-August 66, 25, per Sept.-Dez. 63, 75. Weizen matt, per Juni 30, — per Juli 30, 25, per Juli-August 30, 25, per September-December 29, 25. Spiritus fest, per Juni 60, 50, per Juli-August 60, 50. Wetter: Bedeckt.	Frankfurt a. M., 13. Juni, Abends 6 Uhr 55 Min. [Abendbörse.] Orig. Depesche des Bresl. Ztg. Creditation 203, —, Städtebahnbahn 224, —. Lombarden 67½. Destr. Goldrente 64, 43. Ungar. Goldrente 77%. Neue Russen 81%. Destr. Silberrente 57. Fest.
Weizen. Mutter.	Rübbö. Mutter.		
Juni-Juli ..... 209 — 211 —	Juni ..... 66 — 66 40		
Sept.-Oct. ..... 202 — 203 —	Sept.-Oct. ..... 63 60 64 —		
Roggan. Mutter.	Spiritus. Fest.	Paris, 13. Juni, Nachm. 3 Uhr — Min. [Schluss-Course] Orig. Depesche der Breslauer Zeitung.) Unenstchieden.	Carl Stangen's Gesellschaftsreisen
Juni ..... 132 — 132 50	Juni-Juli ..... 52 20 52 —	Cours vom 13. 12.	<b>Weltausstellung in Paris</b>
Juni-Juli ..... 132 — 132 50	Aug.-Sept. ..... 53 80 53 60	3proc. Rente ..... 76 55 76 47	alle 10 Tage auf verschiedenen Routen. Ausflüge nach London und Brüssel.
Sept.-Oct. ..... 136 — 136 50	Sept.-Oct. ..... 52 80 52 70	5proc. Anleihe v. 1872 112 52 112 25	Ausführliche Prospekte gratis nur in
<b>Hafer.</b>		Ital. sproc. Rente ..... 76 95 76 85	Carl Stangen's Reisebüro,
Juni-Juli ..... 128 50 128 50		Türkenloose ..... 57 — 57 70	Erste Deutsche Unternehmung für Gesellschaftsreisen
Sept.-Oct. ..... 133 50 133 50		Destr. Staats-Eis. A. 563 75 565 —	Berlin W., Markgrafenstraße 43. [7745]
<b>Stettin.</b> 13. Juni, 1 Uhr 15 Min. (B. L. B.)	Cours vom 13. 12.	Lombard. Eisenb.-A. 168 75 165 —	
Cours vom 13. 12.	Rübbö. Rübig.	1877er Russen ..... 84% 84%	
Weizen. Mutter.	Juni ..... 65 — 65 —	Ungarische Goldrente 79%.	
Juni-Juli ..... 202 — 203 —	Sept.-Oct. ..... 63 — 63 —	London, 13. Juni. Nachmittag 4 Uhr — Min. [Schluss-Course] Original-Depesche der Breslauer Zeitung.) Playdiscont 1½ p.c. Bank- einzahlung — Pfd. Sterl.	
Sept.-Oct. ..... 199 — 200 50		Cours vom 13. 12.	
Roggan. Rübig.	Spiritus.	Consols ..... 95, 13 95, 11	
Juni-Juli ..... 129 — 129 50	loco ..... 51 50 51 40	Eyr. Ver. St.-Anl. ..... 107½ 107½	
Sept.-Oct. ..... 134 — 133 50	Juni-Juli ..... — — 51 40	Silberrente ..... — —	
Petroleum.	August-Sept. ..... 52 40 52 10	Papierrente ..... — —	
Herbst ..... 11 75 11 75	Sept.-Oct. ..... 51 70 51 60	Berlin ..... — —	
(B. L. B.) Hamburg, 13. Juni. [Getreidemarkt] (Schlussbericht)		Hamburg 3 Monat ..... — —	
Weizen füll. per Juni-Juli 200, — per Sept.-Oct. 201, — Roggen- matt, per Juni-Juli 131, —, per September-Oct. 135, — Rübbö rübig, loco 66, —, per Oct. 65, —. Spiritus matt, per Juni 41%, — per Juli-August 42%, —, per Aug.-Sept. 43%, —, per Sept.-Oct. 44, — Wetter: sehr veränderlich.		Frankfurt a. M. ..... — —	
Die Verlobung unserer ältesten Tochter Marie mit dem Ritterguts-Besitzer und Lieutenant der Reserve im 2. Oberchl. Infanterie-Regiment Nr. 23 Herrn Richard Zisch zu Giersdorf beeindruckt uns hiermit Verwandten und Freunden ergebenst anzuseigen. [5976]		Wien ..... — —	
Waldhoff bei Ziegenhals, den 10. Juni 1878.		Paris ..... — —	
F. W. Schoengarth und Frau.		Barb. ..... — —	
Meine Verlobung mit Fräulein Marie Schoengarth, ältesten Tochter des Kaufmanns Herrn F. W. Schoengarth in Waldhoff b. Ziegenhals, beehre ich mich ergebenst anzuseigen. Giersdorf, den 10. Juni 1878.		Petersburg ..... — —	
Richard Zisch, Rittergutsbesitzer u. Lieut. d. Res.			
Die Verlobung ihrer Tochter Selma mit dem Farbereibesitzer Herrn J. Fleischer beeindruckt hierdurch ergebenst anzuseigen. [8013]			
O. Lustig und Frau. Gleiwitz, im Juni 1878.			
Selma Lustig, Josef Fleischer, Verlobte.			
Gleiwitz.			
Statt jeder besonderen Meldung. Als Verlobte empfehlen sich:			
Selma Sontag, Hermann Höller. Silberberg, im Juni 1878. [8041]			
Kranfurt a.D., im Juni 1878. Die Verlobung meiner Tochter Hedwig mit dem Dr. phil. Herrn Karl Gerstenberg in Berlin beeindrückt mich hierdurch ergebenst anzuseigen. [8027]			
Karges, Geheimer Regierungs-Rath.			
Hedwig Karges, Dr. Karl Gerstenberg, Verlobte. Frankfurt a.D. Berlin.			
Statt besonderer Meldung. Als Neuvermählte empfehlen sich: Georg Haberkorn, geb. Hamburger. Martha Haberkorn, geb. Breslauer. Breslau, den 9. Juni 1878.			
Als Neuvermählte empfehlen sich: Paul Uchendorf, Bertha Uchendorf, geb. Hubendorf. [5992] Ober-Walditz und Breslau.			
Unsere am 10. d. M. zu Rybnik vollzogene eheliche Verbindung beeindrucken uns hierdurch ergebenst anzuseigen. Ratibor, den 12. Juni 1878. [2361]			
Hugo Beke, Eugenie Beke, geb. Vater.			
Neuvermählte: [2362] Richard Michalik, Kaufmann, Emilie Michalik, geb. Nother. Reichthal, den 11. Juni 1878.			
Gustav Neugebauer, Maria Neugebauer, geb. Nöbel. [5978] Neuvermählte. Langenbielen, den 11. Juni 1878.			
Max Schneider, Jenny Schneider, geb. Löhnstein. [2351] Neuvermählte. Schweidnitz, den 11. Juni 1878.			
Heute früh 9 Uhr wurden durch die glückliche Geburt eines munteren, kräftigen Töchterchen hoch erfreut G. Herbst und Frau Clara, geb. Adolf. Breslau, den 12. Juni 1878.			
Durch die glückliche Geburt eines gesunden Knaben wurden erfreut A. Eitner, Regierungs- u. Bau-Rath. Emma Eitner, geb. Haas. Minden, den 12. Juni 1878.			
Heute Mittag 12½ Uhr rief Gott zu sich nach nur städtigem schweren Leiden unsern heiliggeliebte, unerschöpfbare Gattin, Mutter, Schwieger- und Großmutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, die Frau Cantor Louise Schötz, geb. Berning, in dem Alter von 59 Jahren 8 Monaten. Liebestränen herzlos zeigen dies an. Die Hinterbliebenen.			
Hennersdorf, den 12. Juni 1878. Beerdigung: Sonntag, den 16. Juni, Nachmittags 2 Uhr. [2359]			
<b>Alpenverein.</b> Sonnabend, den 15. Juni, 8 Uhr Abends: Gesellige Zusammenkunft im Café restaurant, Parterre.			
<b>Dr. A. Wieczorek,</b> prakt. Arzt u.			
<b>Alpenverein.</b> Sonnabend, den 15. Juni, 8 Uhr Abends: Gesellige Zusammenkunft im Café restaurant, Parterre.			
<b>Dr. M. Joël,</b> Rabbiner. Preis: 20 Pfennige.			
<b>M. Raschkow,</b> Schmiedebrücke Nr. 10.			

## Nothwendiger Verkauf.

Das Grundstück Nr. 24 Michaelisstraße, eingetragen im Grundbuche von Breslau und zwar von der Oder-Vorstadt Band XVI Blatt 401, dessen Grundsteuer unterliegende Flächenraum 9 Ar 77 Quadratmeter beträgt, ist zur nothwendigen Substation schuldenhalber gestellt.

Es beträgt der Grundsteuer-Steuertrag davon 5 Mark 73 Pf. der Gebäudesteuer ist dasselbe nicht veranlagt.

Die Befreiung - Caution wird auf 10,600 Mark bestimmt.

Befreiungstermin steht am 11. Juli 1878,

Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Richter im Zimmer Nr. 21 im 1. Stock des Stadtgerichts-Gebäudes an.

Das Zuschlagsurteil wird am 13. Juli 1878,

Mittags 12 Uhr, im gedachten Geschäftszimmer verkündet werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, in gleichen besondere Kaufbedingungen können in unserem Bureau XII b eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigentum oder anderweite zur Wirkamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Prädiktion, spätestens im Befreiungstermine anmelden.

Breslau, den 20. Februar 1878.

Königl. Stadt-Gericht.

Der Substations-Richter.

(gez.) Dr. George.

## Nothwendiger Verkauf.

Das Grundstück Nr. 10 a Gartenstraße, eingetragen im Grundbuche von Breslau und zwar der Schweidnitzer-Vorstadt Band 13 Blatt 321, dessen der Grundsteuer unterliegende Flächenraum 22 Ar 34 Quadratmeter beträgt, ist zur nothwendigen Substation schuldenhalber gestellt.

Es beträgt der Grundsteuer-Steuertrag davon 4,64 Thaler, der Gebäudesteuer - Nutzungswert jährlich 16,800 Mark.

Befreiungstermin steht am 17. Juli 1878,

Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Richter im Zimmer Nr. 21 im 1. Stock des Stadtgerichts-Gebäudes an.

Das Zuschlagsurteil wird am 20. Juli 1878,

Vormittags 11<sup>3/4</sup> Uhr, im gedachten Geschäftszimmer verkündet werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, in gleichen besondere Kaufbedingungen können in unserem Bureau XII b eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigentum oder anderweite zur Wirkamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Prädiktion, spätestens im Befreiungstermine anmelden.

Breslau, den 12. März 1878.

Königl. Stadt-Gericht.

Der Substations-Richter.

(gez.) v. Bergen.

## Nothwendiger Verkauf.

Das Erbsak Richter'sche Grundstück Nr. 37 Matthiasstraße, eingetragen im Grundbuche der Oder-Vorstadt zu Breslau Band I Blatt 313, dessen der Grundsteuer unterliegende Flächenraum 5 Hektar 98 Ar 46 Quadratmeter beträgt, ist zur nothwendigen Substation zum Zwecke der Auseinandersetzung gestellt.

Es beträgt der Grundsteuer-Steuertrag davon 410 Mark 31 Pf., der Gebäudesteuer-Nutzungswert für das Jahr 1878 129 Mark.

Befreiungstermin steht am 12. September 1878,

Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Richter im Zimmer Nr. 21 im 1. Stock des Stadtgerichts-Gebäudes an.

Das Zuschlagsurteil wird am 14. September 1878,

Mittags 12 Uhr, im gedachten Geschäftszimmer verkündet werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, in gleichen besondere Kaufbedingungen können in unserem Bureau XII b eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigentum oder anderweite zur Wirkamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Prädiktion, spätestens im Befreiungstermine anmelden.

Breslau, den 20. März 1878.

Königl. Stadt-Gericht.

Der Substations-Richter.

(gez.) Dr. George.

## Nothwendiger Verkauf.

Das Grundstück Nr. 4 Matthiasplatz, Band XV Blatt 361 des Grundbuchs der Oder-Vorstadt von Breslau, dessen Grundsteuer unterliegende Flächenraum 9 Ar 77 Quadratmeter beträgt, ist zur nothwendigen Substation schuldenhalber gestellt.

Es beträgt der Grundsteuer-Steuertrag davon 5 Mark 73 Pf. der Gebäudesteuer ist dasselbe nicht veranlagt.

Die Befreiung - Caution wird auf 10,600 Mark bestimmt.

Befreiungstermin steht am 19. September 1878,

Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Richter im Zimmer Nr. 21 im 1. Stock des Stadtgerichts-Gebäudes an.

Das Zuschlagsurteil wird am 21. September 1878,

Mittags 12 Uhr,

im gedachten Geschäftszimmer verkündet werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, in gleichen besondere Kaufbedingungen können in unserem Bureau XII b eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigentum oder anderweite zur Wirkamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Prädiktion, spätestens im Befreiungstermine anmelden.

Breslau, den 20. Februar 1878.

Königl. Stadt-Gericht.

Der Substations-Richter.

(gez.) Dr. George.

## Nothwendiger Verkauf.

Das Grundstück Wehlsgasse Nr. 53,

Ottokrake Nr. 2, eingetragen im Grundbuche von Breslau und zwar der Oder-Vorstadt Band XVI Blatt 51, dessen der Grundsteuer nicht unterliegender Flächenraum 3 Ar 60 Quadratmeter beträgt, ist zur nothwendigen Substation schuldenhalber gestellt.

Es beträgt der Gebäude-Steuer-Nutzungswert 6000 Mark.

Befreiungstermin steht am 4. Oktober 1878,

Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Richter im Zimmer Nr. 21 im 1. Stock des Stadtgerichts-Gebäudes an.

Das Zuschlagsurteil wird am 20. Juli 1878,

Vormittags 11<sup>3/4</sup> Uhr,

im gedachten Geschäftszimmer verkündet werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, in gleichen besondere Kaufbedingungen können in unserem Bureau XII b eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigentum oder anderweite zur Wirkamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Prädiktion, spätestens im Befreiungstermine anmelden.

Breslau, den 12. März 1878.

Königl. Stadt-Gericht.

Der Substations-Richter.

(gez.) Dr. George.

## Nothwendiger Verkauf.

Das Grundstück Nr. 27 Michaelisstraße zu Breslau, eingetragen im Grundbuche der Oder-Vorstadt zu Breslau Band I Blatt 313, dessen der Grundsteuer unterliegende Flächenraum 5 Hektar 98 Ar 46 Quadratmeter beträgt, ist zur nothwendigen Substation zum Zwecke der Auseinandersetzung gestellt.

Es beträgt der Grundsteuer-Steuertrag davon 4 Mark 80 Pf., der Gebäudesteuer-Nutzungswert für das Jahr 1878 4700 Mark.

Befreiungstermin steht am 18. Oktober 1878,

Vormittags 11 Uhr,

vor dem unterzeichneten Richter im Zimmer Nr. 21 im 1. Stock des Stadtgerichts-Gebäudes an.

Das Zuschlagsurteil wird am 19. Oktober 1878,

Mittags 12 Uhr,

im gedachten Geschäftszimmer verkündet werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweisungen, in gleichen besondere Kaufbedingungen können in unserem Bureau XII b eingesehen werden.

Alle Diejenigen, welche Eigentum oder anderweite zur Wirkamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Grundbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Prädiktion, spätestens im Befreiungstermine anmelden.

Breslau, den 27. Mai 1878.

Königl. Stadt-Gericht.

Der Substations-Richter.

(gez.) Dr. George.

## Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist Nr. 4921 die Firma [552]

H. Freund Resteरhandlung

und als deren Inhaber der Kaufmann

Hirschel Freund hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 7. Juni 1878.

Kgl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist Nr. 4923 die Firma [553]

Hugo Werthelin

und als deren Inhaber der Kaufmann

Hugo Werthelin hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 7. Juni 1878.

Kgl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist Nr. 4924 die Firma [554]

Louis Tyrrasch

und als deren Inhaber der Kaufmann

Louis Tyrrasch hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 7. Juni 1878.

Kgl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist Nr. 4925 die Firma [555]

Freuds Resteरhandlung

und als deren Inhaber der Kaufmann

Ludwig Freud hier heute eingetragen worden.

Breslau, den 11. Juni 1878.

Kgl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist Nr. 4926 die Firma [556]

A. Becker,

folgender Vermerk eingetragen worden:

Das Handels-Geschäft und die

Firma ist durch Erbgang auf die

Gemeinschaftnerin haben von den in

ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken

nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen,

welche an die Firma Ansprüche als

Concurs - Gläubiger machen wollen,

hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche,

dieselben mögen bereits rechtshängig

sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrechte

bis zum 10. Juli 1878

einschließlich

dem Gerichte oder dem Vermwalter der

Fasse Anzeige zu machen, und Alles

mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte

ebendaselbst einzuhändigen.

Ferner ist in unser Gesellschafts-

Register die von

1) der berwitteten Seifenfabrikantin Louise

Weber, geb. Kaschube, zu

Breslau übergegangen. Demnächst

ist der Kaufmann Christian Weber



## Günste Zuchtvieh-Auction.

Die diesjährige Auction von 15 Wilsnarsch Bullen und 30 englischen Böcken findet bei mir Montag, den 15. Juli, Vorm. 11 Uhr, statt. Auctions-Verzeichnisse stehen zur Verfügung, ebenso Wagen auf Verlangen am Auctionstage in Cottbus.

Gleichzeitig erlaube ich mir zu bemerken, daß ich nur Nachzucht der von mir persönlich in der Wilsnarsch ausgesuchten Thiere habe, welche nicht zu verwechseln sind mit hiesiger Kreuzung.

Bautzen bei Cottbus, im Juni 1878. [8025]

P. Schander, Rittergutspächter.

## Mobiliar-Verkauf!

Mehrere Zimmer herrschaftliche Möbel in schwarz und matt, Eichen antik, Nussbaum und Mahagoni müssen zu bedeutend herabgesetzten Preisen alsbald ausverkauft werden

Ohlauerstraße 78, Ecke Altstädtische Straße, im 2. Stock. [5804]

Bestes, mittelhartes Kienpech für Schuhmacher, Uhrmacher u. Kiefern-Pastech, Kientheer, Holztheer, Birkentheer, Fichtenpech, Bierpech, Holzessig, holzessigsaures Eisen und andere holzessigsaure Produkte, Asphalt-Eisenlack, Kieferne Holzkohle in Säcken (40 Pf. pro Hectol. schwer), dopp. geglühte gemahlt. Destillirkohle, ord. Schmiede u. Schmiederei die Theerschwelerei von Fr. Schlobach & Schmidt in Kobier, Station der Rechte-Oder-Ufer-Bahn bei Pleß OS. [1864]

Den Herren Landwirthen offerieren zur Herbst-Saat die Haaseler und Conradswaldauer Kalkbrennereien, Kreis Jauer, ihren

Gran-Kalk, bester Qualität.

Auch ist in unserer Niederlage zu Liegnitz, Goldbergerstraße, bei Kaufmann Jäckel, derselbe täglich zu haben. [8026]

## Agentur-Gesuch.

Ein junger, thätiger Kaufmann wünscht für eine industrielle Gegend die Vertretung leistungsfähiger Häuser, Branche gleichmäßig, zu übernehmen. Gefl. Offerren erbeten unter A. Z. 3434 an die Herren Haasenstein & Vogler in Breslau. [8036]

## Haus-Verkauf.

Wohl beabsichtigte zu verkaufen:

1) mein hier selbst am Markte befindliches massives Haus nebst Garten;

2) meine zu Rothwasser, Kr. Görlitz, befindliche Wohnung mit 2 Städtem, möglichen Wohnhäusern, Scheuer nebst Stall und 17 Morgen Acker incl. Wiese und Hausgarten.

Inventar fehlt. [2365]

Herrnsstadt, den 12. Juni 1878.

Nordenburger, Cantor und Lehrer.

## Garten-Zäune,

Haus- und Garten-Thore, Erbhärtel, Balkon- u. Fenster-Gitter, schmiedeeiserne Fenster, Glashächer und Gewächshäuser von Schmiedeeisen

[7785] empfiehlt

Gustav Bild,

Fabrikgeschäft.

Brieg, Neg.-Bez. Breslau.

## Vortheilhafter Tausch.

Mehrere sich gut verbindende und leicht verkaufliche städtische, sowie ein kleines, herrschaftliches, ländliches Grundstück im Werthe von zusammen 105,000 Thlr., mit 45,000 Thlr. fest Hypotheken, sind auf ein Rittergut mit gutem Boden, Inventar u. Gebäuden bis zu gleicher Höhe sofort zu verkaufen. [2318]

Nähre Auskunft ertheilt  
F. Döring in Lauban,  
Breitestraße 7.

## Fabrikverkauf.

Eine Fabrik in schöner Lage Schlesiens, nachweislich rentabel, ist zu verkaufen. [806]

Offerren sub H. 21933 an Haasenstein & Vogler in Breslau, welche auch Auskunft ertheilen.

## Eine Destillation mit Ausschank

wird zu vachten event. zu laufen gesucht. Gefl. Offerren erbeten unter Chiffre C. R. postlagernd Fraustadt.

## Wagen-Verkauf.

Ein in sehr gutem Zustande befindlicher herrschaftlicher Omnibus (auch für ein Hotel geeignet) mit Patent-Achsen, freiem Bod. bequem 12 sitzig, ist preiswertig zu verkaufen. Nähre Auskunft beim

Wagenbauer L. Kriessch, Bünzlau. [2354]

## Für Gastwirthe!

Flaschen, Schankglas, Messer u. Gabeln.

Billig Porzellan.

**Stammkissen**, auch mit

Porzellan-Malerei u. Glas-Grabierung.

Bunte Deckel. - Angießen alter Deckel.

Berliner Weissbier: Gläser.

**Schaufenster-Pokale**.

**Carl Stahn**, Klosterstraße 1, am Stadtgraben.

Ein gebrauchtes [7967]

**eiernes Kühl Schiff**

mit Fahrwerk wird zu kaufen gesucht. Adressen erbitten

J. W. Warneck, Del.

[8019]

Zwei elegante Wagenpferde,

hellbraun, 5 Zoll groß, 5 u. 6 Jahre

alt, sind zu verkaufen und jeden

Wochentag von 9—12 Uhr Königs-

platz Nr. 5 zu sehen.

Nähres Neuschönstraße Nr. 1, 1 Tr.

im Bureau. [5986]

Feinste

**Matjes-Heringe**,

neue

**Lissab. Kartoffeln**,

feinste [7916]

**Dampf-Kaffee's**,

täglich frisch gebrannt,

feinsten

**Brodzucker**

im Brode, à Pfund 44 Pfg.

**fein weissen Farin**,

à Pf. 38 Pfg.,

feinsten, garantirt reinen

**Gebirgs-Himbeersaft**

feinste Schweizer

**Tafel- u. Kochbutter**,

sowie

**sämtliche Colonial-Waren**

empfiehlt bestens und billigst

**G. Beige**,

Klosterstr. 2, Ecke Feldstr.,

Lager sämtlicher Mineralbrunnen.

[7597]

**Für 3 Markt**

lieferen von jeder Sorte frei ins Haus:

24 fl. Rybniker Schlossbier,

24 fl. Trebnitzer Lagerbier,

24 fl. Friedeboches Lager-Bier,

24 fl. Haase'sches Lager-Bier,

24 fl. Gorlauer Lager-Bier.

20 fl. Gräber Gesundheits-Bier,

15 fl. Böhmisches Bier, [7794]

12 fl. Culmbacher v. C. Käßling.

[7959]

**Heinrich Schwarzer**,

Breslau, Klosterstraße 90 a.

[7785]

**77er Blaubeersaft**

mit 15% Spirit, ganz rein, hat abzu-

geben **Georg Warmuth**,

[5981] Löwenberg i. Schl.

**Prima Kirschsaft**

vorjähriger Pressung gibt billist ab

**M. Friedlaender's Nachf.**

W. Heilborn, [2357]

Friedeberg am Quais.

[7809]

**Frisches Rehwild**,

Rehskalen, Reulen, Blätter empfiehlt

**A. Vietze**,

Elisabethstraße 7.

[7809]

**Bank-Action.**

Brsl. Discontob. 4

60,00 G

do. Wechs!. 4

69,50 G

D. Reichsbank 4%

79,50 b1G

do. Bodenerd. 4

88,50 B

Oesterr. Credit 4

406 G.

ult. 405,50 à 6,50 à

[652]

**Industrie-Action.**

Bresl. Act.-Ges.

für Möbel 4

do. de. St.-Pr. 4

do. Börsenact. 4

do. Spritactien 4

do. Wagenb.-G 4

do. Baubank 4

Donnersmarkh. 4

Lehrhütte 4

Moritzhütte 4

O.-S. Eisenb.-B. 4

Oppeln. Cement 4

Schl. Feuervers. 4

do. Immobilien 4

do. Leinenind. 4

do. Zinkh.-A. 4

do. do. St.-Pr. 4

Sil. (V.ch.Fab.) 4

Vor. Oelfabrik. 4

Vorwärtsbütt. 4

Wien 11,25

Wien 11,25